

NOTFALLVORSORGE

Aus dem Inhalt

Lazarette ersetzen
Hilfskrankenhäuser

Ein halbes
Jahrhundert AKNZ

Vorbeugender
Hochwasserschutz

Mehr Sicherheit für
Städte und Gemeinden

Neue Wege der
Genozidprävention



Das aktuelle Tarifrecht



Das aktuelle Tarifrecht für Bund und Länder

Für alle Angestellten des Bundes und der Länder, für Personalsachbearbeiter, für die Mitarbeiter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

Diese kommentierte Textsammlung enthält die wichtigsten Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Angestellten des Bundes und der Länder. Dazu zählen insbesondere:

- der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) mit Erläuterungen
- die Sonderregelungen zum BAT und Tätigkeitsmerkmale zur Eingruppierung
- die tariflichen Regelungen über Altersteilzeit, Personalunterkünfte, Rationalisierungsschutz, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Zulagen und zur Zahlung der (Weihnachts-)Zuwendung

Die Ergebnisse der Tarifrunde 2003 und die seither eingetretenen Änderungen sind berücksichtigt.

Die besondere Situation der Angestellten des Landes Berlin ergibt sich aus dem Berliner Anwendungs-Tarifvertrag.

Manfred Petin/Jörg Effertz
BAT-Jahrbuch Bund/Länder 2004/2005
736 Seiten, kartoniert
ISBN 3-8029-7983-4

19,95 EUR

Das aktuelle Tarifrecht für Kommunen

Für alle Angestellten der Kommunen, kommunalen Gebietskörperschaften und kommunalen Einrichtungen, für Personalsachbearbeiter, für die Mitarbeiter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

Diese kommentierte Textsammlung enthält die wichtigsten Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Angestellten im kommunalen Bereich. Dazu zählen insbesondere:

- der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) mit Erläuterungen
- die Sonderregelungen zum BAT und Tätigkeitsmerkmale zur Eingruppierung
- die tariflichen Regelungen über Altersteilzeit, Personalunterkünfte, Rationalisierungsschutz, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Zulagen und zur Zahlung der (Weihnachts-)Zuwendung

Die Ergebnisse der Tarifrunde 2003 und die seither eingetretenen Änderungen sind berücksichtigt.

Manfred Petin/Jörg Effertz
BAT-Jahrbuch Kommunalen Bereich 2004/2005
704 Seiten, kartoniert
ISBN 3-8029-7964-8

19,95 EUR



BESTELLCOUPON

Einfach ausfüllen und faxen

Telefax: (09 41) 56 84-111

Ja, ich bestelle

..... Expl. **BAT-Jahrbuch Bund/Länder 2004/2005**
ISBN 3-8029-7983-4 19,95 EUR

..... Expl. **BAT-Jahrbuch Kommunalen Bereich 2004/2005**
ISBN 3-8029-7964-8 19,95 EUR
Zzgl. Porto und Verpackung
Preisänderungen vorbehalten

Widerrufsrecht: Die Bestellung kann innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der Ware schriftlich beim Walhalla Fachverlag, Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg, widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung oder die Rücksendung der Ware (Datum des Poststempels). Die Kosten der Rücksendung trägt der Walhalla Fachverlag, sofern der Bestellwert über 40 Euro liegt.

Absender:

Name, Vorname Kundennummer

Institution/Behörde Telefon (tagsüber)

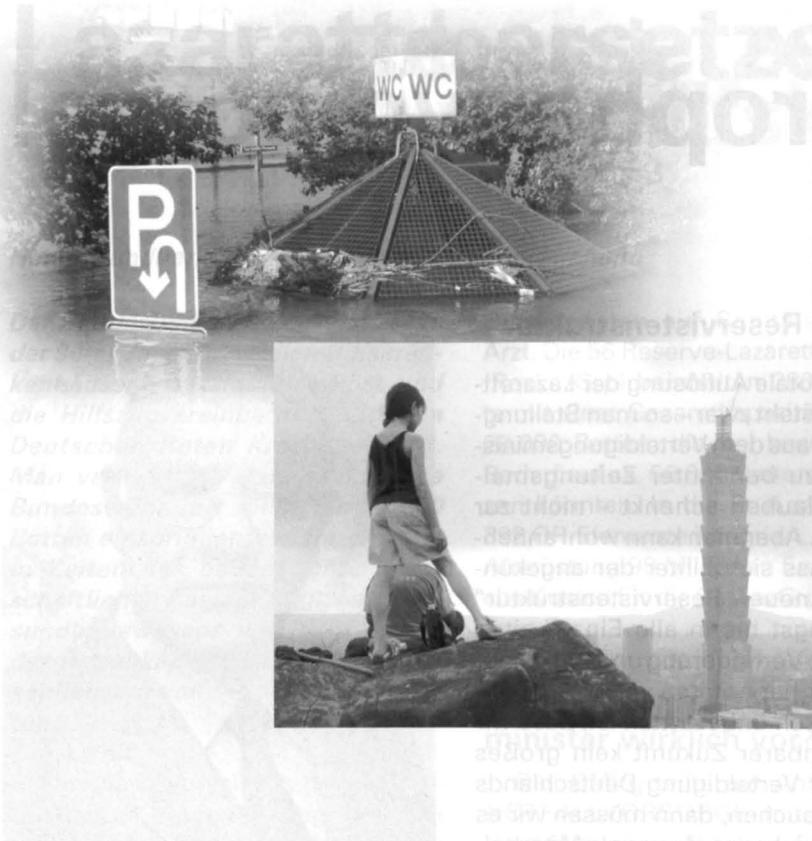
Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift Privat Dienstlich

WALHALLA Fachverlag · Haus an der Eisernen Brücke
93042 Regensburg · Tel.: (09 41) 56 84-0
E-Mail: walhalla@walhalla.de · Internet: www.walhalla.de

 **WALHALLA**
FACHVERLAG



4 EDITORIAL

KATASTROPHENVORSORGE

- 5** Lazarette ersetzen zivile Hilfskrankenhäuser
- 6** Ein halbes Jahrhundert AKNZ
- 9** Kongress: Zivile Sicherheitsvorsorge in Europa
- 14** Erdbebensicheres Bauen in Taipeh

BRANDSCHUTZ

- 15** Das FIZ Hamburg: Brandschutzaufklärung live

HOCHWASSERSCHUTZ

- 18** Virtuelle Deichbrüche
- 19** RisUrSim: Rechnen gegen die Flut
- 20** Zweckgemeinschaften für vorbeugenden Hochwasserschutz
- 22** Neuer Ficht-Rettungsgleiter serienreif

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

- 24** Zur Sicherheit in Stadt und Land
- 25** Lebenswerte Städte und Gemeinden

HUMANITÄRE HILFE

- 28** Neue Wege der Genozidprävention

30 MAGAZIN

34 PERSONALIA

Notfallvorsorge

Die Zeitschrift für Katastrophenmanagement und Humanitäre Hilfe
 Forschung • Technik • Politik • Organisation • Recht

ISSN 0948-7913
 35. Jahrgang

Herausgeber: Rolf Osang †
 und Dr. Horst Schöttler (hs)

Chefredakteurin: Eva Maria Steckenleiter

Redaktion: Jana Ehrhardt (je)

Freie Mitarbeiter: Dr. Wolfram Geier (woge),
 Winfried Glass (wg), Klaus Liebetanz (kl)

Redaktion: Walhalla Fachverlag, Büro Berlin
 Schiffbauerdamm 5, 10117 Berlin
 Telefon: 030 / 27 57 29 14
 Telefax: 030 / 27 57 29 20
 E-Mail: ehrhardt.jana@walhalla.de

Verlag: Walhalla Fachverlag
 Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg
 Telefon: 0941 / 56 84-0
 Telefax: 0941 / 56 84-111
 E-Mail: walhalla@walhalla.de

Redaktionsbeirat:

Astrid Czerny	THW
Ulrich Cronenberg	DRK
Manfred Friedrich	Feuerwehren/DFV
Dr. Wolfram Geier	AKNZ
Winfried Glass	Katastrophenschutz, ZMZ
Thomas Kaspari	ASB
Dietrich Löpke	BVA/ZfZ
Klaus Liebetanz	Humanitäre Auslandshilfe und Bereich Bundeswehr
Benedikt Liefländer	MHD
Dr. Horst Schöttler	JUH/Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge

Die in den Beiträgen dieser Zeitschrift vertretenen Auffassungen der Autoren stellen deren Meinungsäußerungen dar. Sie müssen nicht identisch sein mit denen der Organisation, des Herausgebers oder des Verlages.

Bezugsbedingungen:

Jahresbezugspreis (inkl. MWSt.) 27,55 EUR,
 Einzelbezugspreis 7,10 EUR (In- und Ausland)
 plus Versandkosten.
 Kündigung des Abonnements spätestens drei
 Monate vor Jahresende. Zahlungen ausschließlich
 an den Verlag.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich zum Quartalsende

Druck: Druckhaus Oberpfalz, Amberg

Titelfoto: Ein Defibrillator kann Leben retten (lesen Sie dazu auch unsere Meldung auf Seite 30) – unser Titelbild stammt von der rescue 2003. Die diesjährige rescue findet vom 2. bis 4. April 2004 in Stuttgart statt (Ankündigung auf Seite 33).

Foto: rescue

Alle Rechte, auch für Auszüge und Übersetzungen, vorbehalten.

Lazarettreserve ist auch Katastrophenvorsorge!

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb am 17. Januar 2004: „Struck löst Lazarettreserve auf – 40.000 Betten für Katastrophenfall“. Ein Schock für jeden engagierten Katastrophenschützer, der – wie ich – die Entwicklung unseres deutschen Schutz- und Hilfeleistungssystems länger als drei Jahrzehnte lang, vor allem nach der Wiedervereinigung Deutschlands, im Beruf sowie beruflich und ehrenamtlich und als Reserveoffizier begleitet hat.

Die Bundeswehr hat sich – auch auf Grund staatlicher Sparzwänge – im vergangenen Jahrzehnt stark verändert. Diese Veränderungen haben sich vor allem in ihrer Struktur, ihrem Auftrag, ihren Einsatzgebieten und Standorten, aber auch ihrem Ansehen innerhalb der Gesellschaft niedergeschlagen. So wird die Bundeswehr weniger für ihren Einsatz am Hindukusch, im Golf von Aden oder auf dem Balkan geschätzt – wohl aber für das Engagement ihrer Soldaten in der Katastrophenhilfe im eigenen Land. Vorrangig zu nennen sind hier die Hilfeinsätze bei der Oderflut 1997 und beim Elbehochwasser 2002.

Verfassungsrechtlich und auf Grundlage der für sie geltenden Vorschriften ist die Bundeswehr keine originäre Katastrophenschutz-Organisation. Nach Artikel 35 des Grundgesetzes darf sie bei der Bewältigung von Katastrophen ausschließlich Amtshilfe leisten, und auch nur dann, wenn ihre Ressourcen nicht in der Verteidigung eingebunden sind.

Im Klartext heißt das: Die zuständige Katastrophenschutzbehörde muss den Einsatz der Bundeswehr bei Bedarf anfordern, und sie darf dies nur dann tun, wenn die Ressourcen des zivilen Katastrophenschutzes nicht ausreichen, im Einsatz erschöpft sind oder aber nicht den Möglichkeiten der Bundeswehr entsprechen.

„Neue Reservistenstruktur“

Eine totale Auflösung der Lazarettreserve steht zwar – so man Stellungnahmen aus dem Verteidigungsministerium zu benannter Zeitungsmeldung Glauben schenkt – nicht zur Debatte. Aber man kann wohl annehmen, dass sich hinter der angekündigten „neuen Reservistenstruktur“ eine längst bis in alle Einzelheiten geplante Verringerung und Verkleinerung der Kapazitäten verbirgt. Wenn es politisch unbestritten ist, dass wir in absehbarer Zukunft kein großes Heer zur Verteidigung Deutschlands mehr brauchen, dann müssen wir es auch hinnehmen, dass viele Mitarbeiter, Waffen und andere Gerätschaften abgeschafft oder stillgelegt werden. Das betrifft selbstverständlich auch den Sanitätsdienst.

Die Bundeswehr selbst hat darauf hingewiesen, dass zivile Verantwortungsträger im Katastrophenfall um Hilfe und Unterstützung der Streitkräfte ersuchen könnten. Daher ist die Bundeswehr auch verpflichtet, sich in einem gewissem, planbarem Umfang auf derartige Fälle vorzubereiten. Auf Grund der Entwicklungen im Zivil- und Katastrophenschutz stellt unter anderem die Lazarettreserve zwangsläufig ein unverzichtbares Stück Katastrophenvorsorge dar, die die staatlichen Verantwortungsträger aller Ebenen – das gilt auch und gerade für den Bundesverteidigungsminister – auch in schadensfreien Zeiten leisten müssen.

Laut Verfassung ist der Bund – ungeachtet seiner Ressortzuständigkeiten – verpflichtet, die Zivilbevölkerung vor den besonderen Gefahren des Krieges zu schützen. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen immer mehr; auch lässt sich kaum noch eine Unterscheidung treffen zwischen Naturkatastrophen und Katastrophen



Winfried Glass, Freier Sachverständiger für Bevölkerungsschutz, Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr

von Menschenhand. Es gibt Konfliktsituationen mit desaströsen Folgen, die völkerrechtlich nirgendwo zugeordnet werden können. Vor diesem Hintergrund ist der Schutz der Zivilbevölkerung eine grundsätzliche, generelle Verpflichtung.

Unüberwindbare Abgrenzungen der Zuständigkeiten in den internen Verwaltungsstrukturen können als Argument nicht herangezogen werden. Unsere Gesellschaft und ihre Infrastruktur sind in höchstem Maße empfindlich und verletzlich.

Katastrophenvorsorge als Querschnittsaufgabe aller beteiligten Ressorts muss unbedingten Vorrang haben! Dabei muss auch die Bundeswehr bis an die Grenzen des verfassungsmäßig Zulässigen eingebunden und verpflichtet sein.

Winfried Glass

Winfried Glass

Lazarette ersetzen

zivile Hilfskrankenhäuser

Hintergrundbericht von Winfried Glass, Meckenheim

Der Bundesinnenminister hat Mitte der 90-er Jahre die zivilen Hilfskrankenhäuser ersatzlos aufgelöst und die Hilfszugvereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz beendet. Man verließ sich darauf, dass die Bundeswehr mit mehr als 30.000 Betten einspringen könnte. Dies ist in Zeiten des bedenklichen wirtschaftlichen Zustandes unseres Gesundheitswesens und dem Abbau der Bettenkapazitäten in den Krankenhäusern von besonderer Bedeutung.

Um die Reservelazarettorganisation (ResLazOrg) zuverlässig verfügbar zu machen, hat der Sanitätsdienst der Bundeswehr in den vergangenen 15 Jahren eine einzigartige und beispielhafte Form der zivil-militärischen Zusammenarbeit aufgebaut. Die Reservelazarette wurden jeweils einem zivilen Patenkrankenhaus vertraglich zugeordnet. Die Ärzte und das medizinische Hilfspersonal verstärken in den Zivilkrankenhäusern deren Kapazität im Einsatzfall, ohne dass sich die militärischen und zivilen Bedarfsträger gegenseitig das wertvolle Fachpersonal wegschnappen. Das ist eine überzeugende Lösung, mit der man meinte, den Wegfall der zivilen Hilfskrankenhäuser adäquat begründen zu können. Daher gilt die generelle Forderung, dass jegliche Veränderung in der Lazarettorganisation nicht nur auf der Ebene der Organisatoren und der betriebswirtschaftlichen Handhabung, sondern schon auf der Ebene der Politik und der ressortübergreifend gegebenen volkswirtschaftlichen Verantwortung bemessen werden muss.

Das BMVg sagt dazu: „In der ResLazOrg der Bundeswehr sind derzeit insgesamt ca. 19.500 Reservisten und ca. 14.700 Personen ziviles Personal eingeplant. Von den militärischen Dienstposten entfallen ca. 5.900

Dienstposten auf Sanitätsoffiziere Arzt. Die 56 Reserve-Lazarettgruppen (ResLazGrp) beinhalten 280 Lazarette mit einer Gesamtkapazität von ca. 28.000 Betten, die bei besonderem Bedarf auf ca. 56.000 Betten anwachsen könnten. In die ResLazGrp sind 392 OP-Elemente integriert. Wert der Ausrüstung 90 Millionen Euro, jährliche Kosten für die ResLazGrp 130.000 Euro.“

Was hat der Verteidigungsminister wirklich vor?

Das BMVg teilte auf Anfrage der NOTFALLVORSORGE mit: „In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 hat der Verteidigungsminister den Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger als Teil der nationalen Sicherheitskonzeption festgeschrieben. Aus dieser Vorgabe leitet der Sanitätsdienst die Notwendigkeit ab, Teilfähigkeiten der ResLazGrp, die neben den aktiven Sanitätstruppenteilen dem Schutz der Bevölkerung dienen können (zum Beispiel die so genannten Verstärkungsgruppen „Klinik“), in eine neue Reservistenstruktur zu überführen. Der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr wird auch weiterhin (nach der Auflösung der ResLazOrg) über aktive und nicht-aktive Kräfte verfügen, die auf Ersuchen ziviler Verantwortungsträger in Bund und Ländern subsidiär bei der Katastrophenhilfe eingesetzt werden können.“

Das Bundesministerium des Innern hat die Veränderungsabsichten des Verteidigungsministers zwar zur Kenntnis genommen, sieht aber weder ein vordringliches noch ein besonders wesentliches Problem darin. In einer Arbeitsgruppe will man die sich ergebenden Fragen noch in diesem Jahr aufgreifen.

Das BMVg begründet Einschränkungen seiner Vorhaltemöglichkeiten

einer Lazarettorganisation zur Vorsorge für zivile Zwecke wie folgt:

„Bei der ResLazOrg handelt es sich um so genannte „nicht aktive Strukturen“ (kein aktives Personal) und für den Verteidigungsfall bevorratetes Material. Die Bevorratung für Großereignisse ist nicht sinnvoll. Bei gegebenenfalls notwendiger Unterstützung wird, wo immer möglich, auf aktive Strukturen zurückgegriffen.“

Hierzu dient als Beispiel die Fußballweltmeisterschaft als potenzielle Möglichkeit eines Massenansturms von Verletzten oder eines Katastrophen geschehens. Eine solche Großveranstaltung wäre kein Grund für einen Arbeitgeber, einen Reservisten zur möglicherweise nur präventiven Dienstleistung vom zivilen Arbeitsplatz freizustellen. Unter dem Gesichtspunkt der weggefallenen zivilen Hilfskrankenhäuser und dem Abbau ziviler Krankenhauskapazitäten müssen für solche Grenzfälle Lagebeurteilungen und sich daraus ergebende konkrete Planungen und Aufträge an die Wirtschaft und geeignete Dienstleistungsbetriebe erfolgen.

Die Bundeswehr beschränkt sich auf den Einsatz ihrer Lazarettorganisation im verfassungsmäßig bestimmten Verteidigungsfall, bei sonstigen Krisenfällen, in Fällen schwerwiegender Terroristentätigkeit (besonders unter dem Eindruck des Terrors vom 11. September 2001 in den USA und allen Folgeereignissen) und im oben genannten Fall der Amtshilfeverpflichtung nach Art. 35 GG.

Offensichtlich werden die Aktivitäten der Bundeswehr in Sachen Katastrophenschutz seitens des Bundesinnenministers Otto Schily so ernst genommen, dass die Entscheidung noch einmal überdacht werden soll. Ist das nicht bereits ein Fortschritt? Wir werden Sie auf dem Laufenden halten!

Ein halbes Jahr

von Dieter Franke, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Fünf Jahrzehnte bundeseigener Ausbildung im Bevölkerungsschutz sind ein großes Fest wert. Am 8. Dezember 2003 wurde in Bad Neuenahr-Ahrweiler das 50-jährige Bestehen der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz gefeiert.

Die Geschichte der AKNZ begann 1953 in den Mauern des Klosters Marienthal mit der Gründung der Schule des Technischen Hilfswerks. Vom westlichen Rand der Kreisstadt zog die Schule später zum heutigen Standort in den Weinbergen etwas oberhalb von Bad Neuenahr-Ahrweiler. In ihrer heutigen Form ist die AKNZ unmittelbare Nachfolgerin der Akademie für zivile Verteidigung, der Katastrophenschutzschule des Bundes und der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Ihren weiteren Weg beschreibt Otto Schily als oberster Dienstherr in seinem Vorwort zur Festschrift folgendermaßen: „*Unser Ziel ist es, die Akademie zu einem Kompetenzzentrum für das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch sowie zu einer Begegnungsstätte und Ideen-Börse für Experten aus dem In- und Ausland auszubauen.*“

Zahlreiche Gäste in Ahrweiler

In seiner Eröffnungsrede sagte Dr. Jürgen Hensen, dass auf Dauer nur ein gutes Bildungsniveau ein hohes Leistungsniveau der Einsatz-, Fach- und Führungskräfte gewährleisten könne. Nach einem Rückblick auf die wechselvolle Geschichte der Ausbildung in Bundeshand betonte er: „Allerdings ist uns inzwischen in besonderer Weise bewusst, dass Bevölkerungsschutz nicht an Zeitabschnitt

gebunden ist, sondern eine Daueraufgabe darstellt, die permanent auf neue Herausforderungen eingestellt sein muss.“ Das Bundesministerium des Innern hat in diesem Sinne die Zentralstelle für Zivilschutz sowie die zugehörige Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz durch das Bundesverwaltungsamt ausbauen und weiterentwickeln lassen. Die neue Strategie für den Schutz der Bevölkerung in Deutschland, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben, ordnet ebenfalls der AKNZ eine zentrale Bedeutung zu.

Entwicklungsschwerpunkte der AKNZ

Dr. Jürgen Hensen führte die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der AKNZ auf:

- Auf hoher administrativer und politischer Ebene finden an und im Umfeld der Akademie Dialoge statt, die den für den Zivil- und Katastrophenschutz verantwortlichen Funktionsträgern helfen sollen, Entscheidungsprozesse in Krisensituationen zu optimieren – diese Gespräche sollen intensiviert werden.
- Die Aus- und Fortbildung in der zivil-militärischen Zusammenarbeit für das In- und Ausland, die auf der Grundlage einer interministeriellen Vereinbarung gemeinsam für Angehörige der Bundeswehr und zivile Bedarfsträger seit einem Jahr an der AKNZ etabliert ist, soll weiter ausgebaut werden.



Dr. Jürgen Hensen (links), Präsident des Bundesverwaltungsamtes, und Dietrich Läpke, Leiter der AKNZ

Fotos: Bundesverwaltungsamt

hundert AKNZ

- Es startet eine Bildungsoffensive im Bevölkerungsschutz mit neuem Qualitätsniveau: Die Komplexität von Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement erfordert eine verstärkte Einbeziehung wissenschaftlicher Kenntnisse mit der Möglichkeit der akademischen Qualifizierung. Die Zusammenarbeit, wie sie zwischen der AKNZ und der Universität Bonn begonnen hat, ist als erster Schritt anzusehen.

- Die internationale Zusammenarbeit wird immer bedeutsamer. Die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten der EU und die NATO haben die AKNZ bereits als internationale Begegnungsstätte für Workshops, Tagungen und Kongresse entdeckt. Dieser integrierenden Aufgabe muss sich die AKNZ auch zukünftig widmen.

Kooperation mit den Ländern

Als Vertreter der Länder lobte Dr. Wolf-Dieter Remmele in seinem Grußwort die bewährte Kooperation: „Die Länder arbeiten mit der AKNZ in vielfältiger Weise zusammen. Uns eint das Ziel, die bestmöglichen Lösungen für die zivile Notfallvorsorge zu finden und den Verantwortlichen in Behörden und Organisationen die bestmögliche Ausbildung anzubieten.“

Außerdem hob er ihre Mittlerfunktion sowie ihre Rolle als Stätte der Begegnung und des Kontakts zwischen den Dienststellen des Bundes, den Ländern und Kommunen, den Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem THW, den Polizeien und der Bundeswehr hervor. Notwendig für die Bewältigung der Aufgaben sei, so Remmele weiter, eine enge Abstimmung mit den Ländern bei der Festlegung der Ausbildungsinhalte und -themen.

Als aktuelles Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz kann die in der Entwicklung befindliche Übungsserie angesehen werden. Deren Inhalt ist die Bewältigung großräumiger Schadensszenarien, wobei die Zusammenarbeit der Länder untereinander sowie mit dem Bund geprobt werden soll. Die Verzahnung der Hilfsinstrumente des Bundes und der Länder zeigt sich derzeit unter anderem im Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) sowie dem auf dem Internet basierenden deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS).

Auch nach Ereignissen, vergleichbar denen, die die USA am 11. September 2001 erleben mussten, würden in Deutschland die Länder die Hauptlast der Schadensbewältigung tragen. Allerdings kommt dabei einer Länder übergreifenden Koordination eine besondere Bedeutung zu.

Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen

Unzählige ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter aus den Hilfsorganisationen nutzten die Aus- und Fortbildungsangebote der AKNZ und erweiterten so ihre Kenntnisse über den organisationseigenen Tellerrand hinaus. Unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Bewältigung der staatlichen Aufgaben des Bevölkerungsschutzes kommt diesem integrierenden Konzept herausragende Bedeutung zu. Zudem ist die Fokussierung auf eine bundesweit einheitliche Ausrichtung der Führungssystematik von besonderem Wert. General a.D. von Kirchbach stellte als Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe und Sprecher für die Hilfsorganisationen den Beitrag der ehrenamtlichen Helferinnen



Der Parlamentarische Staatssekretär Fritz Rudolf Körper

und Helfer heraus. Er konstatierte, dass das System des Bevölkerungsschutzes trotz seiner häufig kompliziert anmutenden Zuständigkeitsverteilung seine Effektivität immer wieder unter Beweis gestellt habe. „Niemand sollte unterschätzen, welcher riesigen Beitrag die Hilfsorganisationen mit ihren vielen Tausend ehrenamtlichen Helfern, und zwar mit Helfern in festen Strukturen und mit Spezialfähigkeiten, in unser Gesamtsystem einbringen.“

Neben einer soliden Aus- und Weiterbildung stellt die frühzeitige Beteiligung der maßgeblichen Mitspieler in diesem Gesamtsystem die Umsetzbarkeit der Planungen sicher. Das erfordert einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Bund, Ländern und Organisationen.

Von Kirchbach ging auch auf die Freistellung vom Wehrdienst ein. In der Vergangenheit waren die wehrpflichtigen jungen Männer, die sich verpflichteten, im Katastrophenschutz tätig zu werden, um vom Wehrdienst freigestellt zu werden, eine fest zu kalkulierende Größe für die Hilfsorganisationen, die Feuer-

wehren und das Technische Hilfswerk. Nicht selten traten diese den Organisationen bei und engagierten sich dort für mehrere Jahre. Dieses System der „kommunizierenden Röhren“ zwischen Wehrdienst und Freistellung, wie von Kirchbach es beschrieb, wurde durch die Verkürzung des Wehrdienstes einerseits sowie die immer geringer werdende Quote der zum Wehrdienst einberufenen Männer andererseits destabilisiert. Damit droht ein wesentliches Element im Helferpotenzial wegzubrechen. Von Kirchbach mahnte daher an, frühzeitig an der Entwicklung von Alternativen und dabei insbesondere an Möglichkeiten zur Stärkung des Ehrenamtes zu arbeiten.

Neue Ereignisse – neue Herausforderungen

Der Parlamentarische Staatssekretär Franz Rudolf Körper ging in seiner Festrede auf die Geschichte der heutigen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz ein. Dabei zeigte er Verknüpfungen zwischen der sicherheitspolitischen Lage in Europa und dem Ausbau des Zivilschutzes auf. Dabei seien Ende der 80-er Jahre angesichts des Wegfalls der Grenzen in Deutschland und des Aufbrechens der Machtblöcke durchaus Formfehler passiert, da die Reformen zu sehr auf den Verteidigungsfall fixiert waren. Heute, so stellte Körper fest, konzentriere man sich auf ein „übergreifendes sicherheitspolitisches Konzept, das auf Bedrohungs-, Risiko- und Gefährdungsanalysen aufbaut, das die heutige und künftige multipolare Welt im Blick hat.“ Dazu gehört, Gefahren aus dem internationalen Terrorismus zu berücksichtigen, aber auch jene Risiken, die sich aus der Zunahme von schweren Naturereignissen mit katastrophalen Auswirkungen ergeben.

„Neue Ereignisse bringen neue Herausforderungen“, betonte Körper; und diese seien zeitspezifischen Wandlungen unterworfen. So hätten die internationalen wie die nationalen Ereignisse der vergangenen Jahre verschiedene Problemfelder deut-

lich werden lassen, an denen noch gearbeitet werden müsse. Kommunikation und Koordinierung im Einsatz bedürfen der permanenten Weiterentwicklung. Dabei kommt der ganzheitlichen und einheitlichen Aus- und Fortbildung wesentliche Bedeutung zu. Diese Lehre konnten Staat und die den Katastrophenschutz tragenden Organisationen bereits aus den Waldbränden des Jahres 1975 ziehen; gleiches gilt für die Hochwasserkatastrophen an Oder und Elbe. Voraussetzung aber, so fuhr Körper fort, „ist eine umfangreiche Selbstschutz-, Selbsthilfe- und Erste-Hilfe-Fähigkeit der Bevölkerung!“

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Neben dem notwendigen Material ist der Faktor Mensch der wichtigste Baustein insbesondere im deutschen System des Zivil- und Katastrophenschutzes. Dies gilt für Vorsorge und Einsatz gleichermaßen. „Rückgrat und Basis zugleich ist das ehrenamtliche Engagement auch gerade vieler junger Menschen,“ hob Körper hervor. Allerdings müssten diese Ressourcen, die menschlichen wie die materiellen, intelligent eingesetzt und effizient gemanagt werden. Dies setzt professionelles Gefahren- und Krisenmanagement der Entscheidungsträger voraus. Hier stellte Körper einen Nachholbedarf fest, den die AKNZ jedoch gut leisten könne.

Die zukünftigen Aufgaben der AKNZ sieht Körper, wie es auch Bundesinnenminister Schily in seinem Grußwort zur Festschrift formulierte, über die einer bloßen Aus- und Fortbildungseinrichtung hinausgehend. „Die AKNZ ist keineswegs nur Akademie des Bundes oder Akademie für den Bund. Sie ist auch und zunehmend Service- und Dienstleistungsangebot für die Länder.“ Dem Bund stellt sich daher die Frage, „ob wir nicht diese Akademie irgendwann zu einer gemeinsamen Akademie des Bundes und der Länder weiterentwickeln“. Als Beispiel führte der Staatssekretär die Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup an. Er ließ aber auch Raum für andere Alternativen,

welche die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern zum Ausdruck brächten. Hier wie auch im Gesamtsystem des Zivil- und Katastrophenschutzes soll „gemeinsame Verantwortung nicht im Sinne von neuen Zuständigkeiten“ verstanden werden, „sondern ganz pragmatisch im Sinne eines partnerschaftlichen Zusammenwirkens über föderale Grenzen hinweg.“

Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz

Wie seine Vorredner nahm auch Körper Bezug auf die neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland, wie sie von der Innenministerkonferenz im Juni 2002 beschlossen wurde. Der Ausgewogenheit zwischen den dezentralen Kompetenzen der Länder und ihren Organisationen auf Ortsebene einerseits und den Bedürfnissen nach Koordinierung im Hinblick auf spezifische Schadenslagen andererseits ist besonders Rechnung zu tragen. Dieser Koordinierung kommt der Bund durch das gemeinsame Melde- und Lagezentrum sowie durch das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem nach. Allerdings erinnerte Körper in diesem Zusammenhang daran, dass derartige Projekte ihre Ziele nur dann erreichen können, wenn sie als permanente Aufgabe von allen Bedarfsträgern gepflegt werden.

Abschließend wies Körper auf den wenige Tage zuvor gefassten Kabinettsbeschluss zur Gründung eines Bundesamtes für Katastrophenhilfe und Bevölkerungsschutz hin. Dies sei zu sehen als konsequente Fortsetzung des durch die neue Strategie eingeschlagenen Weges. „Mit dem neuen Amt wird ein politisches Zeichen gesetzt für die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes im System der zivilen Sicherheitsvorsorge des Staates.“ Dabei wird die AKNZ als Kompetenzzentrum für das Bund-Länder-Krisenmanagement und als Forum für den wissenschaftlichen Austausch zwischen Experten aus dem In- und Ausland auch weiterhin eine herausragende Stellung einnehmen. ■

Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland: Strategien und Umsetzung

von Dieter Franke, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Im Zuge Feierlichkeiten anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens veranstaltete die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) im vergangenen Dezember einen zweitägigen „Fachkongress zu dem Thema „Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland – Strategien und Umsetzung“. Mehr als 450 Teilnehmer aus allen Bereichen der Sicherheitsvorsorge hatten sich eingefunden. So waren hochkarätige Vertreter aus Politik und Verwaltung ebenso vertreten wie Repräsentanten von Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk. Auch Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei nahmen an der Veranstaltung teil.



Fotos: Bundesverwaltungsamt

Von links: Michael Brown, Dietrich Lämpke, Franz Rudolf Körper, Dr. Jürgen Hensen, Prof. Dr. Lars Clausen, Dr. Remmele

Zur Einleitung hielten Prof. Dr. Lars Clausen, Vorsitzender der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, sowie Prof. Dr. Wolfgang Kröger von der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich je einen Grundsatzvortrag. Im Anschluss daran wurde in drei Foren unter den Titeln „Krisenmanagement“, „Notfallplanung“ sowie „Zivil- und Katastrophenschutz“ fachspezifisch referiert und diskutiert. Einer Zusammenfassung der Ergebnisse im Plenum folgte abschließend ein Vortrag von Mi-

chael Brown, dem Under Secretary for Emergency Preparedness and Response des U.S. Department of Homeland Security.

Von der Radikalität des Wandels

Prof. Dr. Lars Clausen, der über „Mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Katastrophen und Krisen“ sprach, charakterisierte zu Beginn die Aufgaben der AKNZ und damit auch die Gefahren der Bevölkerung mit

den sechs ersten Buchstaben des Alphabets. Dabei steht A für Atomar, B für Biologisch, C für Chemisch, D für Datennetz, E für Elektromagnetisch und F für Feuerwehraufgaben. Es sei notwendig, den Blick auf die globale Ebene zu erweitern, betonte Clausen. Die Katastrophe gehöre aus Sicht des Soziologen zum Normalen; sie sei eine Form des Wandels, der dem Leben immanent ist. Das mache den Menschen jedoch keinesfalls zu einem hilflosen Subjekt innerhalb dieses Wandels. Nicht nur, dass jede Veränderung gewohnte und eingeübte Abläufe stören kann; ein solcher Wandel kann mit ungeahnter Radikalität über die Menschen hereinbrechen. Daraus leitete Clausen drei Forderungen ab, mit der der Katastrophe begegnet werden sollte.

- **Implementierung eines interdisziplinären Studienganges für Katastrophenschützer bezüglich Prävention, Management und Evaluation:** Katastrophen können so gravierende Eingriffe in die Gesellschaft darstellen, dass es dringend einer Aufwertung derer bedarf, die hier Verantwortung tragen. Ein zertifizierter (Aufbau-)Studiengang mit soziologischem Schwerpunkt bietet sich an. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Kooperation der AKNZ mit der Universität Bonn: Ein neuer Masterstudiengang beginnt im Wintersemester 2004/05.

- **Bessere Bildung als Voraussetzung für Selbsthilfe:** Das Verständnis für Abläufe und Zusammenhänge soll helfen, dass staatliche Maßnahmen auf der unabdingbaren Selbsthilfe des Einzelnen aufbauen können.

- **Vorbildlich handelnde Eliten:** Eliten – damit sind Politik und Wissenschaft gemeint. Sie müssen ihre Aussagen dokumentieren, damit ihr Wahrheitsgehalt geprüft werden kann. ▶

Neue Risiken in der Gesellschaft

Prof. Dr. Wolfgang Kröger referierte anschließend zum Thema „Gefährdungen und Risiken eines modernen Industriestaates“. Folgende Faktoren lassen eine Veränderung der Risikolandschaft erkennen: die Zunahme der Vernetzung, die zur Aufhebung tradierter Grenzen führt; das Wachstum einer immer älter werdenden Bevölkerung; die Veränderung des Weltklimas und die Wasser- und Energieverknappung. Studien bezüglich Risikoszenarien prognostizieren einen Rückgang technologischer Gefahren. Deshalb, betonte Kröger, könne man sich jedoch nicht beruhigt zurücklehnen: An die Stelle der technologischen Gefahren rücken neue soziale und gesellschaftliche Risiken.

Die klassische Risikodefinition, bei der das Produkt aus Schadenswahrscheinlichkeit und Schadensumfang gebildet wird, ist gerade für die zukünftigen Gefahren nicht mehr aussagekräftig genug. Der Mensch mit seiner subjektiven Risikowahrnehmung und mit kulturell geprägten sozialen Standards findet darin keine Berücksichtigung. Andere Ansätze, die die Verletzbarkeit einer Nation untersuchen, scheinen tragfähiger zu sein.

Krisenmanagement in der Krise

Unter dem Stichwort „Krisenmanagement“ trafen sich Referenten aus der Schweiz, den Niederlanden, aus Deutschland und von der Europäischen Kommission. **Dr. Kai Hirschmann**, stellvertretender Direktor des Institutes für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik, untersuchte die Al-Quaida-Ideologie und zeigte unser unzulängliches Verstehen dieser Geisteshaltung auf. Im Unterschied zu früheren Terrororganisationen handelt es sich nicht um eine hierarchisch geführte Gruppe. Stattdessen verfolgen einzelne Splittergruppen weitgehend unabhängig die der Ideologie zugrunde liegenden Ziele. Hirschmann forderte, das Problembewusstsein für dieses Phänomen zu stärken.



Vollbesetzter Kongress-Saal; in der ersten Reihe von rechts: Prof. Dr. Lars Clausen, Michael Brown, Präsident Dr. Jürgen Hensen, Ministerialdirektor Joachim Steig

Technologie und Klimawandel

Als weiteren Schwachpunkt in der Prävention machte **Prof. Dr. Hartmut Graßl** vom Max-Planck-Institut für Meteorologie die unzureichende Betrachtung der Zusammenhänge zwischen technologischer Entwicklung und Klimawandel aus. Graßl sagte, dass man extrem lange Zeiträume betrachten müsse, um valide Aussagen machen zu können, die auch in die Zukunft reichen könnten. Das sei vernachlässigt worden. Oft galt beispielsweise nur das letzte Hochwasser als Maßstab für die Deichhöhe der nächsten Jahre – eigentlich müssten die Wasserstände der vergangenen 100 Jahre zu Grunde gelegt werden.

Neben diesen ursachenbezogenen Aspekten des Krisenmanagements spielt die Frage ihres Stellenwerts innerhalb der zuständigen Behörde eine entscheidende Rolle. Vorbildfunktion in der Führung, klare Strukturen und konsequente Umsetzung der Entscheidungen kennzeichnen ein professionelles Management. **Prof. Dr. Laurent Carrel** ist in der Schweiz für eine stringente Führungsphilosophie verantwortlich, zu der auch regelmäßige Übungen gehören. Unter dem Thema „Führung in der

Krise ist Chefsache – die Krisenvorbereitung auch“ nannte er Eigenschaften, die ein „Leader“ haben müsse. Neben der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen, gehören nach Carrel auch Sensibilität für die Belange der Mitarbeiter und die Fähigkeit zum Lernen und Motivieren hinzu.

Die Notwendigkeit von Übungen, die Carrel betonte, bestätigte auch **Dick Fundter**. Fundter organisiert Übungen in den Niederlanden. Einen Mangel sowohl an Koordination als auch an Kommunikation führte **Dr. Horst Miska** als Grund und Notwendigkeit für das von der Europäischen Kommission initiierte Gemeinschaftsverfahren an. Die bisherigen Erfahrungen mit dem *Brüsseler Monitoring and Information Centre (MIC)*, wo er tätig ist, bestätigen, dass kleinstaatliches Denken in einer vernetzten Welt keine Existenzberechtigung mehr hat.

Hans-Joachim Knöll, Abteilungsleiter im brandenburgischen Finanzministerium, war früher als Abteilungsleiter im Innenministerium des Bundeslandes unter anderem für Brand- und Katastrophenschutz verantwortlich. Knöll betonte die Notwendigkeit der Investition in die Not-

fallvorsorge, um größere und damit kostenträchtigeren Schäden zu vermeiden.

Was im internationalen Rahmen gilt, muss im nationalen Rahmen seine Basis haben. Die zukünftige Ausprägung der zivil-militärischen Zusammenarbeit kann sich nicht, so **Brigadegeneral Thomas Wollny**, darauf beschränken, im Einzelfall Unterstützung anzufordern. Sie muss vielmehr bereits mit der Risikoanalyse beginnen und in der koordinierenden Planung fortgesetzt werden. Dies bedeutet auch, dass Bund-Länder-Kooperation im Sinne des Beschlusses der Innenministerkonferenz 2002 umgesetzt werden muss. Die neuen Risiken und Gefährdungen sowie Naturkatastrophen von nationalem Ausmaß differenzieren ebenso wenig wie die früher als Maß genommene militärische Bedrohung nach territorialen Grenzen.

Anfällige Infrastrukturen

Beim Thema „Notfallplanung“ galt der Blick primär den kritischen Infrastrukturen. Zu ihnen zählt man „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Das sind neben der Energiewirtschaft vor allem die Informationstechnik, das Finanz- und Geldwesen und der Transport- und Verkehrssektor. Sie alle zeichnen sich durch tiefgreifende Vernetzung und Abhängigkeit bei gleichzeitiger hoher Verletzlichkeit aus. Fehlende Risikoanalysen, geringe Sensibilität und unzureichende Risikokommunikation tragen zur potenziellen Anfälligkeit bei.

Dr. Jürgen Malley vom Bundeskriminalamt warf – angesichts der technischen Komplexität, der Geschwindigkeit der Fortentwicklung und der verteilten Verantwortlichkeiten – die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit detaillierter behördlicher Kataloge für Schutzmaßnahmen auf. Schutzkonzepte bedürfen klarer Zielvorgaben, aber

auch einer Überprüfung ihrer Wirksamkeit, quasi eines „Kritik-TÜVs“.

Jürgen Ertmer vom Verband der Elektrizitätswirtschaft nahm diese Überlegungen auf. Am Beispiel der Energieversorgung zeichnete er das Bild eines komplexen Systems, das keine pauschalen Aussagen zulässt. Welche Kriterien muss ein solches System aufweisen, um als zuverlässig definiert werden zu können? Welcher Ausfall von Größe, Nachhaltigkeit oder Häufigkeit ist tolerierbar? Wie kann Zuverlässigkeit in einem Netzteil gemessen werden?

Kooperationsnetzwerke schaffen!

Was für die Energieversorgung gilt, hat gleiche Bedeutung in den Informations- und Kommunikationsnetzen. **Joachim Weber**, Mitarbeiter des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, prognostizierte eine Zunahme großflächiger Ausfälle. Um diesen vorzubeugen, seien neben einem nationalen Plan zum Schutz kritischer Infrastrukturen vor allem Kooperationsnetzwerke von Wirtschaft und Verwaltung und internationale Zusammenarbeit erforderlich. Objektbezogene technische und bauliche Vorkehrungen müssten ebenso wie Redundanzen und Notversorgungseinrichtungen, aber auch das in diesen Bereichen beschäftigte Personal regelmäßig kontrolliert werden. Insgesamt gelten in der Notfallplanung die gleichen Forderungen wie in der zivilen Sicherheitsvorsorge:

- konsequente Risikoanalyse;
- die Definition von Schutzzielen;
- abgestufte Umsetzung je nach Bedeutung des Einzelnen für das Gesamtsystem.

Probleme der Gesundheitsvorsorge innerhalb der Notfallplanung analysierte **Dr. Johann Wilhelm Weidringer**, ärztlicher Geschäftsführer der Landesärztekammer Bayern. Die kostenorientierte Ausrichtung des Gesundheitssystems hat dem Beruf des Arztes einen Teil seiner Attraktivität genommen. Ferner wurden Bevorratungen sowohl bei den Krankenhausbetten als auch beim (Verbrauchs-)Material deutlich reduziert, so dass grö-

ßeren Notfällen nicht mehr mit den gewohnten Reserven begegnet werden kann. Neben einer Intensivierung der Selbstschutz-Ausbildung forderte Weidringer eine Sicherstellung der medizinischen Versorgungskapazitäten durch eine adäquate Sanitätsmaterial- und Arzneimittelbevorratung sowie eine Erweiterung der Krankenhauskapazitäten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Zweiten Gefahrenbericht der Schutzkommission beim BMI.

Wie können Probleme in der Führung überwunden werden?

Das Forum „Zivil- und Katastrophenschutz“ widmete sich vorrangig der Frage zukünftiger Führungssysteme. Ein Beispiel für Standardisierung ist das Incident Command System (ICS) aus den USA, das **Karl-Heinz Frank** von der Berufsfeuerwehr Frankfurt/Main vorstellte. Nach den großen Waldbränden der 70-er Jahre entwickelte man dort einen ähnlichen Mechanismus zur Koordinierung der erforderlichen Gefahrenabwehr in außergewöhnlichen Situationen. Dieser Ansatz scheint gerade für die deutschen Verhältnisse, in denen kommunale Einsatzkräfte, Helfer aus privaten Organisationen und aus Bundeseinrichtungen für den Zivil- und Katastrophenschutz herangezogen werden, interessant – kann er doch dazu beitragen, Rivalitäten zwischen den verschiedenen Organisationen zu vermeiden oder gar zu überwinden.

Überlegenswert in diesem Zusammenhang sind zertifizierte Ausbildungsgänge. Insbesondere die Führungsausbildung bietet sich an, organisationsbestimmte Grenzen aufzubrechen und die Qualifikation losgelöst von der Uniform zu akzeptieren. Das ICS hat sich in den USA zu einem weit über die ursprünglichen Einsatzziele hinaus genutzten Führungsinstrument entwickelt und umfasst inzwischen zusätzlich auch die Bereiche der Planung, der Logistik und der Verwaltung.

Heiko Schmidt, zuständiger Referatsleiter im Innenministerium Brandenburg, griff das Problem der Führung zahlreicher Einsatzkräfte aus

Die wichtigsten Erkenntnisse auf einen Blick

Dietrich Löpke, Leiter der AKNZ, listete die Erkenntnisse aus den Foren auf. Besonders gravierend können sich die Probleme darstellen, die nicht in der traditionellen Form des Katastrophenschutzes bewältigt werden können. Dabei handelt es sich vorwiegend um Probleme aus dem Bereich der kritischen Infrastrukturen.

Zivile Sicherheitsvorsorge ist ein Regelkreis aus

- Prävention/Früherkennung,
- Gefährdungsanalyse / Notfallplanung,
- professionellem Krisenmanagement,
- ehrlicher Evaluation und Umsetzung der erkannten Konsequenzen.

Zivile Sicherheitsvorsorge und Krisenmanagement sind Gemeinschaftsaufgaben

- aller Ebenen des Staates,
- der Wirtschaft,
- der Bevölkerung (durch Selbstschutz und Selbsthilfe).

Ziel des Krisenmanagements ist es nicht zu reagieren, sondern zu agieren.

Die Behördenstruktur Deutschlands ist geeignet, auch außergewöhnliche Situationen zu bewältigen. Die Umstellung der eingespielten Strukturen wird sich eher als kontraproduktiv erweisen. Besser ist es, sie beizubehalten, in ihnen aber Möglichkeiten zur Beschleunigung der Entscheidungsfindung zu suchen.

Nur Übung macht den Meister. Hier bietet sich die AKNZ als Partner an. Das auch international häufig anzutreffende Zurückgreifen auf das Militär hat unter anderem auch den Grund, dass die dortigen Führungsstrukturen permanent in Übung sind, und zwar bis in die Spitze hinein.

verschiedenen Organisationen mit unterschiedlichen Strukturen, Ausbildungsgängen und -inhalten auf. Dem Landesgesetz entsprechend und unter Berücksichtigung der politischen Verantwortlichkeit steht ab gewissen Schadensdimensionen auch die Landesregierung in der Pflicht. Hierfür wurden im Innenministerium die Ressourcen bewertet, woraus sich eine Stabsstruktur ergab, die Technik, Personal, Ausstattung und Ausbildung des Lagezentrums nutzt. Polizei und Katastrophenschutz wirken entsprechend den Anforderungen zusammen. Dieser Stab stellt nicht den Krisenstab der Landesregierung bzw. die Interministerielle Koordinierungsgruppe dar, bewirkt jedoch eine effektive Bündelung im operativen Bereich.

Gemeinsame Führungsstäbe

Gemeinsame Stäbe in dem Sinne, dass Funktionspersonal gemischt wird, sind für **Heiko Knorren**, Präsident des Grenzschutzpräsidiums Süd, nicht vorstellbar. Er hält es für notwendig, frühzeitig im Einsatz Verbindungspersonal auszutauschen, sowie Einsatzleitungen in räumlicher Nähe zu etablieren. Das Verbindungspersonal sollte fest benannt sein, um so mit den jeweiligen Abläufen in den Einsatzleitungen vertraut zu sein. Die räumliche Nähe gewährleistet die schnelle und persönliche Absprache zwischen den Führungskräften und sorgt zusätzlich für eine Entlastung der Kommunikationsstrecken. Eine weitergehende Vermischung ist nach Knorrens Ansicht mit der jeweiligen Fachspezifität der Aufgaben nicht vereinbar.

Aus Sicht der Feuerwehr stellt sich, so **Benno Fritzen**, Leiter der Berufsfeuerwehr Münster, die Frage nach gemeinsamen Einsatzleitungen vorrangig in Abhängigkeit von der Lage. Uneingeschränkt sind sie für Flächen- und Langzeitlagen sinnvoll. Dann sind die Reibungs- und Abstimmungsverluste, die in der Anlaufphase unvermeidlich sind, gegenüber dem Gewinn an Fachwissen und Entscheidungskompetenz zu vernachlässigen – vorausgesetzt, die beteiligten Organisationen sind vertikal identisch

aufgebaut und die Entscheidungskompetenz findet sich auf der gleichen Ebene.

Ein Beispiel für die organisationsübergreifende Einsatzleitung ist die Mobile Führungsunterstützung (MoFüSt), wie sie von der Innenministerkonferenz als eine Konsequenz aus den Terrorakten des 11. September 2001 gefordert wurde. **Walter Jonas** vom Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen und **Stephan Neuhoff** als Leiter der Berufsfeuerwehr Köln stellten ein Modell vor, an dem vier kreisfreie Städte und sieben Landkreise Kölns beteiligt sind. Für den Einsatz der MoFüSt sind drei Stufen definiert. In der ersten verstärkt die MoFüSt eine vorhandene Einsatzleitung mit Personal, in der zweiten übernimmt die MoFüSt einen Einsatzabschnitt innerhalb einer entsprechenden Großschadenslage. Als dritte Stufe stellt die MoFüSt die komplette Einsatzleitung für das Ereignis, allerdings unter der Führung eines örtlichen Einsatzleiters. Dies wird nicht nur als Vorgabe aus den Brand- und Katastrophenschutzgesetzen abgeleitet, es ergibt sich aus der Anerkennung der politischen Verantwortlichkeiten.

Die MoFüSt des RP Köln eignet sich insbesondere auch als Angebot im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens der Europäischen Union. Dies wird in der Ausbildung der potenziellen Mitglieder berücksichtigt. Sowohl Sprachkurse als auch Informationen über die Verfahren und Strukturen in den Nachbarländern stehen auf den Ausbildungsplänen.

DV 100 schafft Gemeinsamkeiten

Positiv äußerte sich **Ulrich Cronenberg**, der Katastrophenschutz-Beauftragte im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, zur Einrichtung mobiler Führungsunterstützungskomponenten. Er wies auf die Führungsprobleme hin, die sich durch unterschiedliche Strukturen, Terminologie oder Ausbildung ergeben. Allerdings sei mit der einheitlichen Führungsvorschrift DV 100 der Weg zu mehr Gemeinsamkeit in Angriff genommen worden. Wie andere Red-

Brandschutz als Anekdote



Michael Brown, stellvertretender Minister des U.S. Departments of Homeland Security

Das Gesetz zur Gründung des Departments of Homeland Security fasst 22 Behörden, die sich mit Sicherheitsaufgaben von Grenzschutz bis Luftüberwachung befasst haben, zu einer Einheit zusammen. Damit stehen 180.000 Bedienstete unter einer Leitung. Zu deren Kernaufgaben zählen unter anderem die Sicherung aller Grenzen bzw. Einreisemöglichkeiten, der Transportwege und -systeme sowie der kritischen Infrastrukturen. Ferner stellt die Information und Aufklärung der Bevölkerung eine wesentliche Aufgabe dar. Zur Gewährleistung einer optimalen Hilfe wird eine Standardisierung von Ausbildung, Training und Ausrüstung der hauptamtlichen und freiwilligen Hilfskräfte erwartet. Damit mögliche Einsätze koordiniert abgewickelt werden können, wird ein durchgängiges Führungssystem etabliert. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen stehen Vorbeugung und Verhinderung terroristischer Aktionen, insbesondere von Anschlägen mit Massenvernichtungswaffen.

Neben den von Michael Brown vertretenen Direktionen gibt es eine mit dem Aufgabenbereich Information bzw. Aufklärung und Informationssicherheit. Dort wird eng mit dem FBI und der CIA kooperiert. Ferner gibt es das große Aufgabengebiet der Grenzsicherung, einschließlich der Häfen und Flughäfen. Hier reisen jährlich über 500 Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten ein. Die vierte Direktion befasst sich mit Wissenschaft und Forschung. Schließlich gehört noch ein Verwaltungsbereich, der sich um Personal, Haushalt und alle weiteren Belange kümmert, dazu.

Im vergangenen Jahr hat die neue Behörde insgesamt bei mehr als 50 Schadensereignissen unterstützende oder koordinierende Funktion übernommen. Das hat dazu beigetragen, dass sich DHS sehr schnell als eine wirksame Hilfe im Bewusstsein der lokalen Behörden etablieren konnte.

Eine wichtige Aufgabe sieht Brown in den USA wie in Deutschland in der Ausbildung. Zum Vergleich führte er an, dass die FEMA, ähnlich wie die AKNZ, ca. 9.000 Teilnehmer im Jahr verzeichnet. Hinzu kommen weitere 100.000 Personen,

die im Rahmen verschiedener Ausbildungsprogramme innerhalb von Organisationen, auf lokaler Ebene oder an Schulen der einzelnen Staaten Seminare absolvieren. Bedeutsam für die Fähigkeit zur Hilfeleistung ist schließlich die Teilnahme von circa 150.000 Personen an diversen Übungen oder Internet basierenden E-Learning Programmen.

Brown mahnte, dass neben den terroristischen Gefahren andere Katastrophen (Technologie- u. Naturkatastrophen) nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Vorbereitet zu sein ist der erste Schritt zu einer erfolgreichen Katastrophenbekämpfung.

Der Under-Secretary bot eine intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes im Allgemeinen und im Rahmen der Ausbildung im Speziellen an. Er hob die vergleichbaren Erfahrungen und Ziele hervor und betonte die Notwendigkeit, im Interesse des Schutzes der Bevölkerung über Grenzen in jedem Sinne hinaus zu denken.

Mit neuem Mut an die zu bewältigenden Aufgaben

Ministerialdirektor Joachim Steig, Abteilungsleiter Innere Sicherheit im Bundesministerium des Innern, hielt das Schlusswort. Er stellte dabei noch einmal fest, dass die Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland eindeutige und einheitliche Wille von Bund und Ländern ist. Der Kongress, so Steig weiter, habe Mut gemacht und Ideen aufgezeigt, die die Umsetzung der neuen Strategie in der Fläche forcieren werden. Er bot den Kongress-Teilnehmern die Expertise der Zentralstelle für Zivilschutz allgemein sowie die der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz im Speziellen an.

Verbesserungen in der zivilen Sicherheitsvorsorge und im Krisenmanagement seien nicht primär eine Frage der finanzielle Lage, sondern eher der Einstellung zur Aufgabe. Mit Problembewusstsein und der Bereitschaft zur Kooperation lassen sich bereits wesentliche Fortschritte erzielen. ■

ner auch, forderte Cronenberg als nächsten Schritt eine organisationsübergreifende Initiative zur Vereinheitlichung der Führungsausbildung. Dies würde die Einführung mobiler Führungsunterstützung erleichtern. Das Instrument passt zudem genau auf die (Technische) Einsatzleitung in der operativ-taktischen Komponente, wie sie in der DV 100 definiert ist.

Blick nach Amerika

Abschließendes Highlight des Fachkongresses war der Vortrag von **Michael Brown**, einer der stellvertretenden Minister des U.S. Departments of Homeland Security (DHS). Brown ist im Ministerium für die Notfallvorsorge und -planung sowie Hilfeleistung verantwortlich. Gleichzeitig ist er Direktor der FEMA, die in das Department integriert wurde.

Diese Behörde konzentriert – als Konsequenz nach dem Terror des 11. September 2001 – zahlreiche staatliche Maßnahmen im Bevölkerungsschutz. Zu Browns Verantwortungsbereich gehört die Koordination aller nationalen Planungen und Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz, die in den *National Response Plan* münden.

Mit der Acht und zukunftsweisender Technik gerüstet

von Dr. Horst Schöttler,
Kaiserslautern

Das Erdbeben im ostiranischen Bam am Zweiten Weihnachtsfeiertag hat die permanente Diskussion um erdbebensichereres Bauen erneut angeheizt. So beklagten Erdbebenforscher im deutschen Fernsehen die mangelnde Katastrophenvorsorge in gefährdeten Regionen. Diese Frage stellten sich Taiwans Architekten und Ingenieure beim Bau des höchsten Gebäudes der Welt: des Turms „Taipeh 101“.

111 Stockwerke, die 508 Meter hoch in den Himmel ragen, sollen den durchschnittlich 200 Erdstößen und den mehreren, bis zu 250 Stundenkilometern starken Taifunen pro Jahr trotzen. Davon ist Chefingenieur Chung Ping Wang überzeugt – obwohl Taiwan an der Nahtstelle zwischen der eurasischen und philippinischen Platte liegt und der Wolkenkratzer nur wenige hundert Meter von der Taipeh-Verwerfung, einer bedeutenden Bruchlinie, entfernt ist.

1,8 Milliarden US-Dollar hat die Betreibergesellschaft investiert, nicht nur, um eine architektonische Glanzleistung zu vollbringen, sondern auch, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu erreichen. Acht achtstöckige Pagoden aus Stahl, Beton und Glas werden von einer nadelförmigen Spitze überragt. Diese Pagoden sind zugleich auch Sicherheitsabschnitte, die auf Grund der Ereignisse des 11. September 2001 eingerichtet wurden. Brand- und rauchsichere Sammelräume ermöglichen Fluchtbewegungen im Gebäude.

Darüber hinaus ist die Acht eine chinesische Glückszahl zum Schutz vor Gefahren. Um sie in ihrer Wirkung zu unterstützen, wurden außerdem Babydrachen und chinesische Glückssymbole angebracht. (Aber-) Glaube und Tradition werden von der Technik des 21. Jahrhunderts ergänzt. So wurde, um sicher zu gründen, das Gebäude auf 557 Pfähle gestellt, die



Foto: dpa

111 Stockwerke, die 508 Meter hoch in den Himmel ragen, sollen den durchschnittlich 200 Erdstößen und den mehrmals bis zu 250 Stundenkilometern starken Taifunen pro Jahr trotzen.

teilweise bis zu 80 Meter auf den anstehenden Fels reichen. An jeder Außenseite des quadratischen Gebäudes stehen je zwei Megastützen, die von außen die stählernen Etagenböden mit Hilfe von Querriegeln mit dem Kern des Turms verbinden. Diese Megastützen sind mit Stahlblechrastern ausgesteift und mit Hochleistungs-beton hohlraumlos verpresst. Damit wird die Standfestigkeit zusätzlich erhöht.

Das technische Highlight indes ist der Schwingungsdämpfer zwischen dem 88. und dem 92. Stockwerk. Eine ungefähr 660 Tonnen schwere, an 16 je zwölf Zentimeter dicken Stahlseilen aufgehängte Kugel soll Schwingungen kompensieren. Mittels hydraulischer Stoßdämpfer soll das Ausschlagen des Pendels auf 1,5 Meter begrenzt werden – ansonsten würde die Kugel die Gebäudekonstruktion gefährden. Vorteil dieses Systems, das die durch Wind und Erdbeben auftretende Energie vermindern und austarieren soll, ist seine „passive“ Funktion. Ohne auf Strom angewiesen zu sein, liefert der Turm selbst die Spannkraft. Erprobt ist das System der Schwingungsdämpfer im Citicorp-Center in New York, dessen 279 Meter hohes „Schwankungspotenzial“ vom 400

Tonnen schweren Betonquader auf einer Gleitfläche gedämpft wird.

Taipeh 101 wird Ende dieses Jahres bezugsfertig sein. Dann werden 63 Aufzüge etwa 10.000 Angestellte in Aufwärtsgeschwindigkeiten von 1.000 Metern in der Minute regelrecht zu ihren Arbeitsplätzen katapultieren. Auch abwärts, so der finnische Hersteller, geht es ungewöhnlich schnell. Dabei wird wie im Flugzeug der Innendruck der Kabinen konstant gehalten.

Für schnelle Abwärtsbewegungen sorgte im März 2002 bereits ein Unglück. Auf Grund eines Bebens gerieten zwei der vier Kräne auf dem damals bis zum 56. Stockwerk gebauten Turm ins Schwanken; und zwar so heftig, dass sie abknickten und in die Tiefe stürzten. Die Kräne durchschlugen mitsamt ihrer Last die massiven Betondecken und rissen fünf Menschen in den Tod, darunter die beiden Kranführer.

Trotz allem: Chefingenieur Wang ist guten Mutes. Das höchste Gebäude der Welt, welches das höchste Bürogebäude Europas – die Commerzbank-Zentrale in Frankfurt/Main – um das Doppelte überragt, wird nach seiner Überzeugung stehen bleiben, selbst wenn ganz Taipeh in sich zusammenfallen sollte. ■

Brandschutzaufklärung live bei einer „Feuerwehrreise“

von Brandrat Stephan Wenderoth, Feuerwehr Hamburg

Wie innovative, zeitgerechte und praxisnahe Bevölkerungsaufklärung auf den Gebieten des Brand-, Zivil- und Bevölkerungsschutzes aussehen kann, macht das Feuerwehr-Informations-Zentrum (FIZ) der Feuerwehr Hamburg vor.

Seit 1977 ist die Feuerwehr Hamburg in Zusammenarbeit mit der Behörde für Bildung und Sport für die Brandschutzerziehung und -aufklärung in Hamburgs Bildungseinrichtungen zuständig. Jährlich werden circa 10.000 Bürgerinnen und Bürger, hauptsächlich Schüler, im Brandschutz unterwiesen. Dabei stehen neben der theoretischen Brandschutzerziehung und -aufklärung auch praktische Unterweisungen auf dem Lehrplan. Dieses Konzept hat sich im Laufe der Jahre sehr bewährt.

Auf Grund der weltpolitischen Entwicklungen und Erkenntnisse nach dem 11. September 2001 ist auch in Deutschland deutlich geworden, wie dringend notwendig eine umfassende und intensiviertere Bevölkerungsaufklärung auf den Gebieten des Brand-, Zivil- und Bevölkerungsschutzes ist. Die Feuerwehr Hamburg wird dieser erweiterten Aufgabenstellung mit einem Feuerwehr-Informations-Zentrum (FIZ) gerecht.

Das FIZ besitzt bundesweiten Modellcharakter. Alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger können sich dort umfassend über Brandschutz informieren. Auch nationalen und internationalen Gästegruppen steht das FIZ offen.

Von Brandschutzaufklärung bis Selbstschutzausbildung

Das mehrstufige Ausbildungskonzept des Feuerwehr-Informations-Zentrums sieht Lerneinheiten für die Brandschutzerziehung und -aufklärung, für die Erste-Hilfe Ausbildung, für die Verkehrssicherheit, für die Vermeidung von Bade- und Eisunfällen bis hin zur modernen Selbstschutzausbildung von Erwachsenen vor. Sowohl Mitarbeiter der Feuerwehr Ham-

burg als auch anderer Organisationen der Gefahrenabwehr bringen ihr langjähriges Fachwissen zielgerichtet ein. Zum neuen Konzept gehört außerdem der Verkauf von Feuerwehrzubehör- und Kleidungsartikeln. Darüber hinaus plant die Feuerwehr Hamburg, im Keller des FIZ-Gebäudes ein Museum unterzubringen.

Im ersten Jahr schon bewährt

Nur einen Monat, nachdem der Terrorakt vom 11. September 2001 die gesamte Welt erschüttert hatte, begannen in Hamburg die ersten konzeptionellen und bautechnischen Überlegungen zur Realisierung eines

Feuerwehr-Informations-Zentrums. Eine ehemalige Werkstatt der Hauptfeuerwache Berliner Tor wurde so umgebaut, dass zwei nutzbare Ebenen entstanden. Im Erdgeschoss sind Alarmierungstechnik und Fahrzeugsimulator sowie im so genannten verbrauchbaren Raum reale Brandexponate untergebracht. Im ersten Obergeschoss entstand ein Schulungsraum mit angrenzender Ausstellungsfläche sowie einer Feuerwehrrutschstange von der Empore zum Erdgeschoss. Die angrenzenden Räume werden zur Lagerung und zum Verkauf von Feuerwehrzubehörartikeln genutzt. Insgesamt beläuft sich die gesamte Nutzfläche des Feuerwehr-Informationszentrums auf 450 Quadratmeter.

Dass das Feuerwehr-Informations-Zentrum bei den Hamburgern gut ankommt, zeigen die bisherigen Besucherzahlen: Bereits 14.750 Bürgerinnen und Bürger nutzten das Informationszentrum seit seiner Eröffnung vor gut einem Jahr.



Im FIZ können die Besucher auf eine „Feuerwehrreise“ gehen – unter anderem auch in einem Feuerwehrauto, in dem Einsatzgeräusche simuliert werden.

Fotos: FIZ

Die Lerneinheit „Brandschutz“

DAS FIZ präsentiert seinen Besuchern eine Art Brandschutz-Parcours, der an einer Multifunktionswand beginnt. Diese zeigt sehr detailliert moderne Präsentations- und Alarmierungstechnik – beispielsweise Notruftelefone und eine reale Brandmeldeanlage nebst Druckknopfmelder, an der ein sprachgebundener Notruf ausgelöst werden kann. Zudem werden im FIZ die realen Alarmierungskomponenten, die an jeder Feuer- und Rettungswache (FuRW) der Feuerwehr Hamburg installiert sind, vorgehalten. Hierbei handelt es sich um optische und akustische Alarmierungseinrichtungen sowie um einen PC nebst angeschlossenen Drucker, der die jeweilige Alarmdepesche ausdruckt. Diese Alarmdepesche beinhaltet Angaben zur Einsatzstelle, zur Schadensart, zur Anfahrt zum Einsatzort, zu den alarmierten Einsatzkräften sowie zu objektspezifischen Besonderheiten und Gefahren.

Ein Löschsimulator zur Schulung von Löschmaßnahmen bei Entstehungsbränden soll bald angeschafft werden. An zwei Terminals mit Internetanschluss kann auf der Homepage der Feuerwehr Hamburg gesurft werden.

Als erstes übt der Betreuer mit den Besuchern, wie ein Notruf abgesetzt wird. Dieser Notruf läuft fiktiv in der Rettungsleitstelle der Feuerwehr Hamburg ein – das heißt, dass der Übende wirklich mit einem Feuerwehrbeamten spricht.

Dieses reale Telefonat soll den Besuchern das Gefühl vermitteln, dass im Notfall gezielt und rasch nachgefragt wird und der Feuerwehrbeamte beruhigend auf den möglicherweise aufgeregten Anrufer einwirken kann.

Besucher werden auf „Feuerwehrreise“ geschickt

Nach einer kurzen Dispositionszeit werden im FIZ die Feuerwehreinsatzkräfte optisch und akustisch alarmiert. Die Besucher werden anschließend auf eine „Feuerwehrreise“ mitgenommen, die bei der Alarmierung beginnt und am Einsatzort

endet. Ein Feuerwehrbeamter demonstriert, wie die Feuerwehrleute im Notfall an der Feuerwehrrutschstange herunterrutschen und sich mit der Feuerwehrsutzhkleidung einkleiden. Die Besucher können dann im Modell eines Hamburger Löschfahrzeuges (HLF) Platz nehmen – simulierte Fahr- und Einsatzgeräusche lassen sie die Abläufe während einer Fahrt an den Einsatzort hautnah und real erleben.

Eine Videoprojektion zeigt zusätzlich das Ausrücken der Einsatzkräfte; der Ausbilder erklärt und kommentiert die Bilder und Abläufe. Nach dem Film öffnet sich das Rolltor zum verrauchbaren Raum: Dort wird die Brandstelle, die mittels Theaterrauch authentisch verraucht ist, sichtbar. Die Besucher stehen in der Kulisse eines Wohnhauses, wo mit Hilfe von Lichteffekten, Scheinwerfern, Verrauchung und simulierten Geräuschen sehr realistisch verschiedene Einsatzsituationen vorgeführt werden.

Wieder wird ein Film über den realen Einsatz eingespielt. Der Ausbilder schildert mit eigenen Worten das situative Verhalten der betroffenen Personen. Zudem kommentiert er den Einsatzverlauf und stellt Merksätze auf. Ferner weist er auf häufige Verhaltensfehler hin und erläutert, wie diese vermieden werden können. Zum Abschluss schildert der Ausbilder die Bandursache, die wiederum im Film gezeigt wird.

Sehr realitätsnahe Darstellungen

Im verrauchbaren Raum gibt es verschiedene Brandexponate, die das Geschehen sehr realitätsnah erscheinen lassen. Hierzu zählen unter anderem ein implodierter Fernseher, Brandgefahren in der Küche, Gefahren im Umgang mit pyrotechnischen Artikeln, der Brand eines Kinderwagens in einem Treppenraum, Gefahren durch überhitzte elektrische Maschinen und Geräte (Kaffeemaschine, Bügeleisen) sowie Gefahren durch ein brennendes Adventsge- steck. Letztlich beinhaltet die Lerneinheit auch Hinweise zum richtigen Verhalten im Brandfall von älteren und auch behinderten Personen.

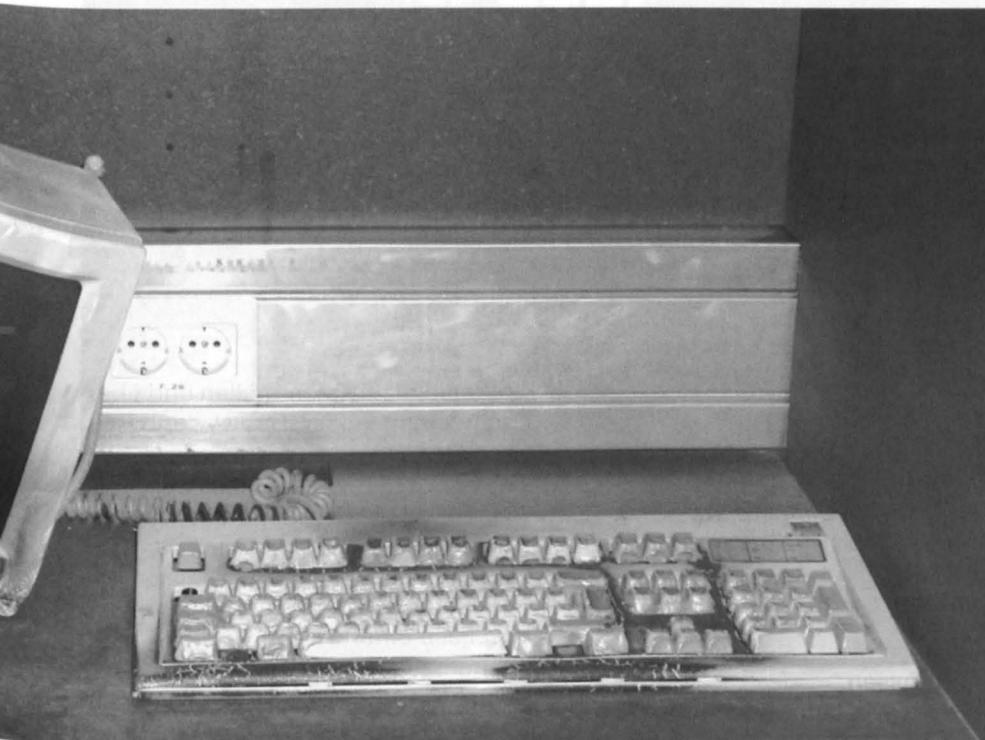


Zum Abschluss erarbeitet der Ausbilder gemeinsam mit den Besuchern einen Rettungsweg aus dem verrauchbaren Raum, der mittels verschiedener Effekte wieder in eine Brandstätte verwandelt wird. Über einen rauchfreien Flur, der mit einem leuchtenden Fluchtleitsystem optisch gekennzeichnet ist, verlassen die Besucher den Brandraum und treffen sich an einem festgelegten Punkt im Verkaufsraum für Feuerwehr-Artikel.

Breites Lernspektrum

Ergänzend zur zuvor genannten strukturierten Führung „Brandschutz“ werden weitere Lernmodule zu den Themenbereichen

- Erste-Hilfe-Ausbildung,
 - Vermeidung von Bade- und Eisunfällen und
 - Schutz vor Haushaltsgefahren
- angeboten. Darüber hinaus wird für Erwachsene ein weiteres Ausbildungsmodul über das richtige und angemessene Verhalten bei Großschadensereignissen oder wetterbedingten Ausnahmesituationen er-



Im so genannten verrauchbaren Raum können die Besucher reale Brandexponate besichtigen.

stellt. Mit dieser Lerneinheit soll dem Aspekt der Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger gezielt Rechnung getragen werden, so dass sie auf bestimmte Ausnahmesituationen wie Hochwasser und Überschwemmung, einen Sturm, einen terroristischen Anschlag, einen Großbrand etc. vorbereitet sind und Verhaltensregeln kennen.

Im Zuge der Umwandlung der Hamburger Schulen zu Ganztageseinrichtungen plant die Hamburger Feuerwehr Schulprojekte, die sich thematisch mit Rettungsdienst und Gefahrenprävention befassen.

Fan-Artikel und Ausstellungen

Die Besucherinnen und Besucher des FIZ haben auch die Möglichkeit, Kleidungs- und Fanartikel der Feuerwehr Hamburg zu kaufen.

Nicht nur während der „Feuerwehreise“, sondern auch an Informations- und Präsentationsständen erfahren die Besucher Wissenswertes zum Brandschutz. So werden etwa der berufliche Werdegang eines Feuerwehrbeamten oder Wir-

kungsweise, Nutzen und Installation von Rauchmeldern geschildert. Daneben liefern zeitlich begrenzte Fachausstellungen viel Wissenswertes, beispielsweise die Ausstellung „Gomorra“ anlässlich des 60. Jahrestages des Hamburger Feuersturmes.

Personelle Besetzung

Den Betrieb der gerätetechnischen Einrichtungen der Brandschutzerziehung gewährleisten hauptamtliche Mitarbeiter. In Spitzenzeiten werden sie von ehrenamtlichen Mitarbeitern unterstützt.

Der Leiter des FIZ kümmert sich vorzugsweise um die inhaltliche und didaktische Ausrichtung der Lehrangebote und um die Kundenakquisition. Zwei hauptamtliche Mitarbeiter gehen ihm dabei zur Hand. Sie befassen sich vorzugsweise mit Schulungen interessierter Besuchergruppen. Betreuer von Schulklassen können in diese Arbeit eng eingebunden werden.

Das Feuerwehr-Informations-Zentrum der Feuerwehr Hamburg richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger

der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des angrenzenden Umlandes. Im Bereich der Gefahrenprävention und der Brandschutzerziehung und -aufklärung sind dies hauptsächlich Kinder und Jugendliche. Die Veranstaltungen zur Brandschutzaufklärung und zum Bevölkerungsschutz zielen auf Erwachsene, unabhängig vom Alter oder der nationalen Zugehörigkeit. Spezielle Themen konkret für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, etwa zum Umgang mit offenem Feuer speziell in Alters- und Seniorenheimen, sollen in Zukunft angeboten werden.

Wichtigster Zielkreis des Ausbildungszentrums sind Schulklassen der Primarstufe (3. und 4. Schulklasse) – der Lehrplan der Schulbehörde sieht Brandschutzerziehung fest vor. Daneben werden auch Kinder der Elementarstufe (Kindergarten) sowie der Sekundarstufe I und II angesprochen. So werden beispielsweise der Sekundarstufe I Projektwochen an den Schulen zu bestimmten Themenbereichen angeboten. Im Nachgang an den theoretischen Unterricht wird dann in aller Regel eine praktische Einrichtung – künftig eben das FIZ, wenn es um „Gefahrenprävention“ geht – besucht.

Das FIZ bietet auch Aus- und Fortbildungskurse, insbesondere im Bereich der Erste-Hilfe-Ausbildung, an. Die Pressestelle der Feuerwehr Hamburg betreibt zielgerichtete und kompetente Kundenakquisition.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Das FIZ an der zentral und verkehrstechnisch gut gelegenen Hauptfeuerwache „Berliner Tor“ profitiert bei seinen Personal- und Sachmittelressourcen von Synergie-Effekten, die sich durch seine multifunktionale Nutzung ergeben. So ist der Besuch weiterer Schulungseinrichtungen nicht nötig. Das FIZ ist eine bislang einmalige Einrichtung, die Modellcharakter auch für andere Städte besitzt. Die Chancen, neue Besucher zu begeistern und Kooperationspartner zu gewinnen, stehen günstig. ■

Virtuelle Deichbrüche

von Thomas Jakob, München

Zahlreiche Hersteller bieten Programme an, die Deichbrüche simulieren und so Fließrichtung und -geschwindigkeit des Hochwassers vorhersagen können. Für den Katastrophenschutz bedeutet dies einen enormen Vorteil: Er kann die am meisten gefährdeten Gebiete zuerst evakuieren.

Wasser fließt bergab. Allein: Wo ist bergab? Wichtig, ja lebensrettend ist die Antwort auf diese Frage bei Deichbrüchen. Denn nicht immer sind die Orte und Gehöfte am meisten gefährdet, die sich in unmittelbarer Nähe von Hochwasserschutzdeichen oder an Flüssen generell befinden. So mussten bei den vergangenen Hochwassern an Elbe und Oder Bewohner vor allem jener Ortschaften ihre Häuser verlassen, die sich in unmittelbarer Nähe der Flüsse befanden. Das Wasser kam jedoch erst einen oder zwei Tage später.

Andere Orte wiederum waren rasch vom Wasser eingeschlossen, obwohl man sie auf Grund ihrer weiter entfernten Lage sicher wählte. Nicht bedacht wurde dabei, dass das Wasser tieferliegende Straßen überfluten und die Menschen so von der Außenwelt abschneiden würde.

Simuliertes Fließverhalten zur Evakuierungsplanung

Voruntersuchungen mit einer Analyse der topografischen Gegebenheiten und den daraus resultierenden prophylaktischen Maßnahmen gewinnen daher für den vorsorgenden Katastrophenschutz an Bedeutung. Zahlreiche Ingenieurbüros haben mittlerweile Computerprogramme entwickelt, die das Fließverhalten des Hochwassers simulieren und so den Einsatzkräften wichtige Anhaltspunkte

liefern, wann sie wo wen evakuieren müssen.

Hochwasserabflussuntersuchungen etwa weisen jene Flächen aus, die jedes Jahr überschwemmt werden. So lässt sich herausfinden, wie das Wasser am besten aufgefangen werden kann, um Hochwasserkatastrophen zu vermeiden. Für eine derartige Untersuchung werden verschiedene Verfahren angewendet, die die anfallenden Wassermengen nach unterschiedlichen Kriterien prognostizieren. Alle Verfahren gehen dabei auf die geografischen Gegebenheiten ein. Auf Basis digitaler Geländemodelle errechnen die Programme die Lage des Wasserspiegels bei Hochwasser.

Bei der hydraulischen Berechnung werden zeitliche Aspekte berücksichtigt. In der Auswertung lassen sich neben trockenen und überfluteten Flächen auch Kuppen oder Wannensichtbar machen. Dank dieses virtuellen Geländemodells lässt sich präzise feststellen, wie bestimmte Gebietscharakteristika mit bestimmten Pegelständen zusammenhängen und welche Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu ergreifen sind.

Digitale Fluten

Mit manchen Programmen lassen sich auch Dammbüche simulieren. Anhand der eingegebenen Daten und auf Grundlage des digitalen Geländemodells strömt die Flut im Com-

puter in die tiefsten Stellen und überschwemmt Felder, Straßen und Häuser. Der Weg des Wassers lässt sich also zu jedem beliebigen Zeitpunkt voraussagen. Die Kommunen können dank dieser Daten gemeinsam mit den Katastrophenschutzdiensten ihre Evakuierungspläne verbessern und im Falle einer echten Flut jene Menschen zuerst evakuieren, denen der Fluchtweg über die Straße zuerst abgeschnitten wird.

In Hamburg setzt man seit vier Jahren auf ein Hochwassersimulationsmodell für die Elbmarsch. Das Modellkonzept erlaubt zum einen, während einer Sturmflut die Auswirkungen von potenziellen und eingetretenen Deichüberströmungen und Deichbrüchen zu berechnen und die Katastrophendienste im Rahmen von Schutzübungen zu schulen. Des Weiteren lassen sich mit der Modellanwendung abgelaufene Sturmfluten analysieren und Szenarien für Planungszwecke erstellen.

Eine Simulation startet in der Regel mit der Prognose einer Sturmflut, sie legt den Zustand von Bauwerken und eventuelle Deichbrüche fest. Diese werden bezogen auf Deichkilometer eingegeben. Wesentliche Parameter sind neben der Lage und dem Zeitpunkt die erwartete Bruchbreite und -tiefe.

Nach dem Starten der Simulation werden Zwischenergebnisse in definierten Zeitschritten visualisiert. Ist die Simulation beendet, werden alle relevanten Einstellungen und Ergebnisse in der Datenbank abgelegt. Dies ermöglicht eine detaillierte Analyse der Simulation mit den Wasserständen an Kontrollpunkten, Ströme über Deiche, durch Deichbrüche und undichte Bauwerke in der Deichlinie. ■



Computer können vorausberechnen, an welchen Stellen das Wasser derart ansteigen kann. Entsprechend schnell kann reagiert, notfalls rechtzeitig die Bevölkerung evakuiert werden.

RisUrSim:

Rechnen gegen die Flut

In einem dreijährigen Modellprojekt haben Wissenschaftler ein rechnergestütztes Verfahren entwickelt, mit dem die Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes bei Hochwasser beurteilt werden kann. Zugleich ermöglicht das GIS-gestützte Werkzeug, jene Kosten zu berechnen, die bei einem etwaigen Hochwasser entstehen.

Hochwasserschäden vorzubeugen stellt für viele europäische Städte eine Herausforderung dar. Denn wenn nach heftigen Regenfällen und überlasteten Entwässerungssystemen Straßen überschwemmen und Keller voll laufen, entstehen Schäden in Millionenhöhe. Die Kommunen stehen deshalb vor der Aufgabe, das Ausmaß der Gefährdung und die Schadenshöhe vorsorglich genau zu ermitteln, um die städtischen Entwässerungssysteme bei möglichst geringen Kosten ausreichend zu dimensionieren.

In einem dreijährigen Eureka-Forschungsprojekt RisUrSim (Risk Management in Urban Areas – Simulation and Optimization) haben Siedlungswasserwirtschaftler, kommunale Planer, Versicherungsfachleu-

te und Mathematiker aus Norwegen und Deutschland unter der Leitung des Fraunhofer-Instituts für Wirtschaftsmathematik in Kaiserslautern nun ein EDV-gestütztes Managementsystem entwickelt, das Wasserstände und Fließrichtungen an der Oberfläche (Straßen, Plätze, Randsteine) ebenso wie im Kanalsystem analysiert und visualisiert. Dieses Managementsystem soll besonders die Betreiber kommunaler Abwassersysteme dabei unterstützen, bestehende Kanäle bei der Renovierung zu optimieren und neue Kanäle rationalisiert zu planen.

Die Software besteht aus drei Modulen. Zum einen simuliert sie, wie und wo Wasser in einer Stadt oberflächlich abfließt. Die Strömung und Kapazität des Kanalnetzes wird mit

so genannten Flachwassergleichungen berechnet. Und schließlich ermittelt eine Schadensfunktion, welche Kosten anfallen – je nach Wasserstand vom Keller bis zum ersten Stock. Neben der Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes bei Hochwasser kann das Programm auch eingesetzt werden, um Anforderungen aus neuen gesetzlichen Vorschriften nachzurechnen, wie etwa die europäische Norm EN 752 zur Entwässerung außerhalb von Gebäuden. Treten trotz aller Vorsorge Schäden durch Hochwasser auf, kann von Erst- und Rückversicherungen geklärt werden, ob und inwieweit Regressansprüche von Gefährdeten zulässig sind.

Nähere Informationen:

www.risursim.de

Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik

Klaus-Peter Nieschulz

Telefon (06 31) 2 05 40 01

Nieschulz@itwm.fhg.de

Impuls für mehr Zusammenhalt Zweckgemeinschaften für den Hochwasserschutz

von Thomas Jakob, München

Hochwasserzweckgemeinschaften unter Federführung der Regionalplanung können den vorbeugenden Hochwasserschutz verbessern. Das Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden hat dazu ein informelles Planungsinstrument entwickelt.

Effektiver Hochwasserschutz muss umfassender angelegt sein als bisher. In der Vergangenheit nahm hauptsächlich die Wasserwirtschaft aus einer sektoralen Sicht über ihre gesetzlichen Regelungen und über die Strukturen ihrer Behörden und Fachverbände Einfluss auf die Lösung hochwasserbezogener Konflikte. Im Vordergrund standen dabei ingenieur-

technische wasserbauliche Maßnahmen und nicht die Verknüpfung eines ökologischen Hochwasserschutzkonzeptes mit technischen Schutzmaßnahmen.

Vorbeugender Hochwasserschutz ist aber raumbezogener Orientierungs- und Handlungsrahmen und Ergänzung zum weiterhin erforderlichen technischen Hochwasserschutz.

Dazu gehört neben hochwasserbezogenen Raum- und Fachplanungen auch, entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen und die Bevölkerung aufzuklären. Aus planerischer Sicht ist es vor allem notwendig, abflussmindernde und abflussverhindernde Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft, im Siedlungsbereich und im Bereich der Fließgewässer vorzunehmen. Probleme gibt es derzeit jedoch vor allem bei der Koordinierung einzelner Maßnahmen sowie durch teilweise entgegengesetzt gelagerte Interessen etwa von Ober- und Unterliegern an Fließgewässern.

Neues Kooperationskonzept

Wissenschaftler am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden haben im Rahmen eines Forschungsprojektes nun ein Konzept entwickelt, das die Zusammenarbeit zwischen Verantwortungs-trägern, Planern, Bewohnern und Wissenschaftlern fördert. Bei dem Projektgebiet handelt es sich um das Einzugsgebiet der Weißeritz. Der Fluss hatte nach dem Überlaufen zweier Talsperren im August 2002 verheerende Schäden in den Städten und Dörfern bis in die Landeshauptstadt Dresden hinein verursacht.

Die Dresdner Wissenschaftler schlagen vor, ein so genanntes Hochwasserrisiko-Management aufzubauen, das alle Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes bündelt. Dieses Management bezieht das bereits vorhandene Hochwasserschutzkonzept der Landestalsperrenverwaltung mit ein und soll Maßnahmen und Strategien zwischen Kommunen, Planungsträgern und Flächennutzern vereinbaren, planen und umsetzen. Das IÖR begleitet den



„Gemeinsam sind wir stark“ – in diesem Sinne sollen Hochwasserzweckgemeinschaften dazu beitragen, alle verfügbaren Kräfte im Kampf gegen Hochwassergefahren zu bündeln.

Zusammenarbeit im vorbeugenden Hochwasserschutz

Aufbau eines Informationssystems, das Kommunen und Fachbehörden unterstützt, die jeweils richtige Entscheidung aus Sicht des Hochwasserschutzes zu treffen. Eingebettet ist das Projekt in die Aktivitäten des Hochwasserforschungszentrums Dresden, dessen Ziel es ist, die Hochwasserforschung zu bündeln und stärker für die Praxis nutzbar zu machen.

Dezentrale präventive Maßnahmen, die die Hochwassergefahren mindern, nehmen an Bedeutung zu. Allerdings sind nur noch wenige Kommunen bereit, sie auch umzusetzen.

Zusammenarbeit von Raumplanung und Wasserwirtschaft

Neben dem Hochwasserschutz im ufernahen Bereich sind eine flächendeckende Balance zwischen Hochwasserentstehung, -ausbreitung und -abfluss im gesamten Gewässereinzugsgebiet und eine Flächennutzung nötig, die die Risiken des Wasserhaushaltes berücksichtigt. Damit wird der vorbeugende Hochwasserschutz zu einer Aufgabe der Raumordnung. Die Raumplanung muss dabei eng mit Fachplanungen wie der Wasserwirtschaft zusammenarbeiten.

Die Handlungsempfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung aus dem Jahr 2000 betreffen erstmalig neben Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz an Flüssen und ihren Retentionsbereichen auch Maßnahmen zum Wasserrückhalt im gesamten Flusseinzugsgebiet. In die Raumordnungspläne können demnach auch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete aufgenommen werden. Ein von der Raum- beziehungsweise Regionalplanung erarbeiteter informeller Leitplan zum vorbeugenden Hochwasserschutz wäre dann die Grundlage für die Umsetzung ent-

sprechender Maßnahmen durch die Kommunen und Fachplanungen.

Der am IÖR entwickelte informelle Plan zum vorbeugenden Hochwasserschutz als verallgemeinerungsfähiges Strategiekonzept, um die Gebiets- und Gewässerretention zu verbessern, orientiert sich deshalb am gesamten Flusseinzugsgebiet. So lässt sich der Hochwasserschutz auch in den Teileinzugsgebieten größerer Gewässer mittel- bis langfristig verbessern.

Impulse für stärkeres Engagement

Da die einzelnen Maßnahmen in den Raumordnungsplänen verankert werden, erhalten vor allem die Kommunen Impulse, sich stärker für den vorbeugenden Hochwasserschutz einzubringen und relevante Ziele an die Fachplanungen heranzutragen. Ein mittelmaßstäblicher Plan gibt den Kommunen für die Bauleitplanung und den Umweltfachplanungen die Leitbildentwicklung für das Gewässereinzugsgebiet vor und fördert eine interkommunale Zusammenarbeit. Er setzt Prioritäten für die Umsetzung der Maßnahmen und nimmt Einfluss auf die Finanzierung. Die Planaussagen müssen für die Kommunen transparent dargestellt werden, damit möglichst vielen der im Einzugsbereich lebenden Menschen das Hochwasser bewusst und das Verständnis für die Abhängigkeit von Ober- und Unterliegerkommunen gestärkt wird. Großmaßstäbliche Darstellungen für ausgewählte Bereiche können bei den Bewohnern des Einzugsgebietes das Engagement steigern und Synergieeffekte freisetzen.

Um dezentrale Maßnahmen durchzusetzen, müssen in Flusseinzugsgebieten Planungsstellen eingerichtet werden, die alle zuständigen kommunalen und regionalen Akteure für eine

stärkere Zusammenarbeit binden. Dies entspräche auch den europäischen Bemühungen, flussgebietsbezogene Strukturen einzuführen.

Für die Raumplanung bedeutet dies, dass sie sich im Hochwasserschutz stärker auf eine Politik einlassen muss, die sich in kooperativen und selbstorganisierten Prozessen vollzieht. Die Regionalplanung sollte auch nach der Initiierung des informellen Planes die Fachdiskussion steuern und Organisationsaufgaben beim Zustandekommen von Kooperationen übernehmen. Durch die führende Rolle der Regionalplanung innerhalb der Kooperationsnetzwerke kann sie wesentlich stärker die Umsetzung der Ergebnisse über die Bauleitplanung auf kommunaler Ebene beeinflussen.

Hochwasserzweckgemeinschaften entscheiden gemeinsam

Die Wissenschaftler in Dresden empfehlen flusseinzugsgebietsbezogene Hochwasserzweckgemeinschaften, die Entscheidungen aus einer am Einzugsgebiet ausgerichteten räumlichen Gesamtsicht treffen. In diese Gremien gehören Vertreter der zuständigen Regionalplanung, der Kommunen sowie der einschlägigen Verbände und der Träger öffentlicher Belange, insbesondere die Wasserbehörden. Den Regionalplanern käme in diesen Gremien die Aufgabe des Moderators zu. Die Zweckgemeinschaften könnten den Fachplanungen konkrete Aufgaben zur Umsetzung dezentraler Hochwasserschutzmaßnahmen vorgeben und die Vergabe des Projektes veranlassen. Sie wären in der Lage, Prioritäten für die einzelnen dezentralen Maßnahmen zu setzen und Finanzierungsfragen bis hin zu Entschädigungsleistungen zu klären. ■

Neuer Ficht-Rettungsgleiter serienreif

von Dr. Horst Schöttler,
Kaiserslautern

Im vergangenen Jahr taufte Karin Stoiber, Gattin des bayrischen Ministerpräsidenten, ein Luftschrauben-Gleitboot, das der Freiwilligen Feuerwehr Prien übergeben wurde. Der Konstrukteur Reinhard Ficht stellte Ende vergangenen Jahres seine Neuentwicklung – den Multigleiter FLG 620 – auf der Aqua Alta in München der Öffentlichkeit vor. Bei Experten der Feuerwehren, von THW und DLRG sowie der Polizei stieß das Boot auf reges Interesse.

Der 75-jährige Ficht, im Südschwarzwald geboren, lernte Maschinen- und Kraftfahrzeugbau von der Pike auf. Als Kfz-Meister und technischer Zeichner interessierte er sich für alle Arten von Motoren. Fahrzeug-, Motorrad- und Flugzeugantriebe wurden von ihm überarbeitet, technisch optimiert und modernisiert. Zwischendurch studierte Ficht in Karlsruhe Maschinenbau und schloss sein Ingenieurexamen mit großem Erfolg ab. Als leitender Angestellter entschied sich Ficht für das Wagnis, einen eigenen Betrieb aufzubauen. Das war 1960; vier Jahre später übersiedelte er aus dem Schwarzwald nach Kirchseeon bei München. Das Konstruktionsbüro mit Werkstatt wurde zum High-Tech-Unternehmen, in dem Patente ausgetüfelt und Aufträge für namhafte Firmen ausgeführt wurden.

1986 wurde Reinhold Ficht mit der Rudolf-Diesel-Medaille in Gold geehrt. Das ist die höchste Ingenieurauszeichnung in der Bundesrepublik Deutschland. Zwei Jahre später erhielt er den Philipp-Morris-Forschungspreis für seinen Ficht-Kurbelschlaufenmotor, einem nahezu verschleißfreien Zweitaktmotor mit mehreren keramischen Bauteilen. Dieser Preis, so beschrieb es die *Süddeutsche Zeitung*, ist in unserem Land einer der höchstdo-



Foto: Schöttler

Der Ficht-Multigleiter FLG 620 auf der Aqua Alta in München: Ludger Schulte-Hülsmann, Generalsekretär der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, setzt sich zur Probe ins Boot. Links im Bild: Reinhold Ficht, daneben Peter Wendl, Polizeilicher Fachberater.

tierten und renommiertesten deutschen Forschungspreise, der auch „kleiner Nobelpreis“ genannt wird.

Anfang als privates Transportmittel

Im selben Jahr wurde Ficht mit einem besonderen Auftrag konfrontiert. Ein wohlhabender Finne schilderte, dass er ein Haus besitze, das an einem der zahlreichen finnischen Seen gelegen sei. Dieses sei im Sommer zwar leicht mit dem Boot zu erreichen, aber im Winter – bei geschlossener Eisdecke – von der Außenwelt abgeschnitten. Der findige Konstrukteur, der zu dieser Zeit mit Flugzeugmotoren arbeitete, rüstete ein flaches Boot mit einem Flugzeugpropeller aus. Das Boot fuhr auf Eis, auf Schnee oder im Wasser. Trotz dieses Erfolgs kam für Ficht eine Serienfertigung nicht in Betracht.

25 Jahre später wandte sich der Leiter der Polizeiinspektion Prien am Chiemsee, zugleich auch für die Wasserrettung auf dem „Bayerischen Meer“ zuständig, an Ficht und schilderte ihm, wie schwierig die Perso-

nenrettung und Brandbekämpfung von und auf den Inseln Herrenchiemsee und Frauenchiemsee im Winter sei. Gerät, Ausstattung und Material seien zwar vorhanden und funktionsfähig – aber vor Ort fehle das Fachpersonal. Wie könnten Feuerwehrleute und Rettungspersonal im Winter bei widrigen Witterungsbedingungen schnell auf die Inseln gebracht werden?

Im Dezember 2001 stellte der Sohn von Reinhold Ficht, Markus Ficht, den Verwaltungsbeamten und Fachkräften von Landkreis und Marktgemeinde erste Entwurfszeichnungen vor. Sie bewerteten die Idee als realisierbar und funktionsfähig. Reinhold Ficht, nunmehr 72 Jahre alt, erklärte sich bereit, ein solches Luftschrauben-Gleitboot zu bauen und zu finanzieren und bis Ende Februar 2002 den Prototyp vorzustellen.

Wetterunabhängige Manövrierbarkeit

Testfahrten des FLG 620 auf dem Chiemsee am 27. Februar 2002 bewiesen, dass selbst bei widrigen

Windverhältnissen und bewegter Wasseroberfläche der Propellerantrieb manövrierfähig und steuerbar bleibt. Am 21. März wurden weitere Probefahrten mit vier bis sieben Personen auf dem Reschensee in Südtirol durchgeführt. Der See war teilweise zugefroren, die Uferbereiche vereist und der Übergang von Wasser auf Eis fließend. Die Bedienung und das Fahren auch für Ungeübte waren nach kurzer Einweisung möglich, und somit war bei störungsfreiem Betrieb der Nachweis erbracht, dass ein katamaranähnliches, spezielles Schlauchboot mit Luftschaubenantrieb als vielfältiges Rettungs- und Transportgerät eingesetzt werden kann. Die hohe Geschwindigkeit auf Eis und Wasser von bis zu 100 Stundenkilometern ist für Verunfälle auf Eis ebenso wie für schnelle Einsätze (Prien-Herrenchiemsee) in weniger als zehn Minuten ein Vorteil, der Hilfeleistungsfristen realisierbar macht.

Aber nicht nur im Winter, sondern auch in Wattgebieten, in Sumpf- und Moorflächen und über See- und Wasserflächen (im küstennahen Bereich und zwischen Inseln), bei Nebel und Dunkelheit, ist das Boot – im Gegensatz zu einem Luftkissenboot wie dem Hooverkraft – gut einsetzbar.

Mögliche Einsatzbereiche:

- Versorgung von Opfern und Helfern bei Überschwemmungen;
- Personentransporte von Opfern und Helfern;
- Versorgung und medizinische Transporte von und zu Inseln;
- Rettungseinsätze für Mensch und Tier nach Eisunfällen;
- Brandschutzsätze auf Inseln bei Nichtbefahrbarkeit durch Schiffe;
- Krankentransporte von Inseln.

Auf der acqua alta wurde mit Hilfsorganisationen und -werken vereinbart, dass gemeinsame Vorführungen und Erprobungen im Frühjahr 2004 sowohl im Nordseewatt als auch zwischen den nordfriesischen Inseln ebenso wie im Mündungsbereich von Binnengewässern erfolgen, um letzte nutzerorientierte Prüfungen und gegebenenfalls Verbesserungen vorzunehmen. Auch die DLRG – als die Katastrophenschutzorganisation für die Wasserrettung – wird den FLG 620 testen. ■

Der Multigleiter: ein wahres Multitalent!

Der FICHT-Rettungsgleiter hat eine glatte Unterseite und wird mittels einer Luftschraube, also einem Flugzeugpropeller, angetrieben. Der Propeller ist an einem Flugmotor angeschraubt, der erhöht auf einem Antriebsgerüst montiert und im Gleitboot verankert ist. So ist das Boot vielfältig einsetzbar: bei Hoch- und Niedrigwasser, Eis und Schnee, auf Flüssen, Seen und in Überschwemmungsgebieten. Eine weitere Besonderheit dieses Gleitbootes ist seine Ausführung als Schlauchboot mit festem Boden.

Das ebenfalls neu entwickelte Schlauchboot wurde in erster Linie deswegen gewählt, weil es leichter ist. Außerdem ist es elastischer, was beispielsweise auf Eis von Vorteil ist. Das Material, aus dem der Schlauchkörper hergestellt ist, ist ein besonders widerstandsfähiges Gummi, also kein Kunststoff. Dieses Gummi behält auch bei großer Kälte, im Eis oder Schnee seine Elastizität. Im Bugbereich ist der Bootskörper durch eine weitere zwei bis drei Millimeter dicke Gummischicht verstärkt.

Die Wahl der Werkstoffe für den Bootkörper ist für den Einsatz auf frischem Spiegeleis, das bekanntlich sehr hart und scharfkantig ist, ausgerichtet.

Als weitere Besonderheit gegenüber herkömmlichen Schlauchbooten haben die FICHT-Multigleiter einen glatten Aluminiumboden. Dieser Boden wird zusätzlich mit einer besonderen Gleitschicht aus einem speziellen Kunststoff beschichtet, ähnlich dem Material, mit dem die Laufflächen von Skiern ausgerüstet sind. Diese Auflage, die kälte- und hitzefest mit dem Metall verbunden ist, sorgt für ein verbessertes Gleiten und reduziert die Reibung auf Eis und Schnee sowie auf Steinen bei Niedrigwasser deutlich. Außerdem schützt der Belag das Aluminium des Bodens weitgehend vor Beschädigungen, die durch scharfkantige Hindernisse verur-

sacht werden könnten. Wird der Belag trotzdem einmal beschädigt, dann sorgt die Aufteilung in einzelne Abschnitte dafür, dass der beschädigte Streifen erneuert werden kann. Ferner soll verhindert werden, dass das Gleitboot auf Eis oder Schnee bei tiefer Kälte festfrieren kann. Das könnte dann der Fall sein, wenn aus offenem Wasser auf eine schneebedeckte Eisdecke ausgefahren werden muss.

Der Metallboden in Verbindung mit der Beschichtung erweitert den Einsatzbereich der FICHT-Multigleiter erheblich. So können die neuen FICHT-Multigleiter für Rettungsaufgaben oder ähnliche Einsätze auch auf Flüssen herangezogen werden, deren Wasserstand unbekannt ist.

Fahrt auch im Trüben

Bei Einsätzen in Überschwemmungsgebieten hat der Luftschaubenantrieb weitere entscheidende Vorteile. Auch dort ist es unbekannt, wie tief das Wasser wirklich ist und ob unmittelbar unter der Wasseroberfläche Hindernisse wie Mauern, Zäune und dergleichen liegen. Es ist fast immer der Fall, dass das Hochwasser auf Grund mitgerissener Erde und allen möglichen mitschwimmenden Gegenständen sehr trüb ist. Einem normalen Bootspropeller kann das sehr schnell zum Verhängnis werden.

Die neuen FICHT-Multigleiter mit glatten Unterboden und Luftschaubenantrieb sind für solche Einsatzbedingungen ausgelegt. Auch bei starker Strömung bleiben die Multigleiter manövrierfähig. Die Luftschraube ist gegen Beschädigungen mit umhüllenden Gittern versehen, die verhindern, dass Gegenstände wie Kleidungsstücke, Mützen oder Schals bzw. Äste und Papier angesogen und in den Propellerkreis gelangen können. Außerdem schützen diese Gitter die mitfahrenden Personen.

Zur Sicherheit in Stadt und Land

von Winfried Glass, Meckenheim

Für mehr Sicherheit in lebenswerten Städten und Gemeinden hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) auf einer Tagung in Mainz ausgesprochen. „Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, und ohne Sicherheitsgefühl der Bürger kann das Leben in den Städten und Gemeinden nicht gedeihen“, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, auf der II. DStGB-Sicherheitskonferenz vor fast einhundert Teilnehmern aus ganz Deutschland.

Sicherheit ist heute in besonderem Maße ein zentrales Thema der Bürger. Kriminalität, Gewalt und Terrorismus bedrohen auch Städte und Gemeinden. Dem Schutz kritischer Infrastrukturen kommt angesichts terroristischer Bedrohungen besondere Bedeutung zu.

Landsberg forderte die Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden in allen Fragen der Sicherheit. Es ist ein neues umfassendes Sicherheitsmanagement notwendig, in das alle Beteiligten einschließlich der Städte und Gemeinden einbezogen werden (siehe folgenden Beitrag).

Der DStGB fordert, dass die Investitionen in den Zivil- und Katastrophenschutz weiter verstärkt werden. Notwendig ist auch eine bessere Kommunikation der Sicherheitsakteure. Bund und Länder müssen sich schnell über die Einführung und die Finanzierung des digitalen Funks einigen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Polizei, Rettungskräfte und Feuerwehren unterschiedliche und veraltete Kommunikationssysteme einsetzen.

Jens Beutel, Oberbürgermeister der Stadt Mainz, stellte als gastgebendes Stadtoberhaupt den hohen Stellenwert heraus, der der Gefahrenabwehr kommunalpolitisch zu-

kommt.

Keine Entwarnung für Deutschland

Rolf Tophoven, Leiter des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik in Essen und gefragter Experte im Sicherheitswesen, eröffnete den Reigen interessanter Themen mit seinen Ausführungen zur Frage „Ist Deutschland vom Terror bedroht?“. Er bezog sich auf die Neukonzeptionierung des militanten Islamismus und dessen Bedeutung für die Abwehr terroristischer Gefahren in Deutschland. „Der Terror mitten in Istanbul, im Herzen eines prowestlich orientierten Staates, hat erneut mit brutaler Deutlichkeit gezeigt, dass sich schon morgen ein ähnliches Schreckensszenario in den Metropolen der EU ereignen kann. Auch für Deutschland kann keine Entwarnung gegeben werden – trotz fehlender und gesicherter Erkenntnisse über unmittelbar bevorstehende Anschläge auf konkrete Ziele. Polizei und Verfassungsschützer gehen davon aus, dass Deutschland als Ruhe- und Vorbereitungsraum für militante Islamisten genutzt wird. Und die von Politikern stets wiederholte These von der „hohen abstrakten Gefährdung“ klingt wenig konkret und nebulös. Gefährdet sind amerikanische, israelische, britische und auch Einrichtungen prowestlich orientierter muslimischer Staaten. Islamisten zielen auf alle Staaten, Länder und ihre Symbole, die in der so genannten Antiterror-Allianz stehen. Damit ist auch Deutschland gefährdet, wengleich nicht Top-Adresse des Terrors – noch nicht.“

Vorhandene Sicherheit ist nicht spürbar

Bestehende Konzepte und Aktivitäten in Deutschland referierte der

Direktor der Feuerwehr Frankfurt am Main, Professor Reinhard Ries, am Beispiel Frankfurt am Main über den „Brand- und Katastrophenschutz in einer deutschen Metropole – Möglichkeiten und Leistungsgrenzen“. „Aufgabe der konkreten Gefahrenabwehr ist es, die eintretenden Notfälle nach Größe und Gefährlichkeit schnell zu analysieren und mit einer angemessenen Zahl von Einsatzkräften und Einsatzmitteln die Gefahrensituation zu beherrschen. Berücksichtigt man, dass vorhandene Sicherheit zunächst nicht spürbar ist, sondern nur mangelhafte Sicherheit im Schadensfall greifbar wird, verwundern auch politische Initiativen zur Absenkung des Sicherheitsniveaus kaum.“

Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung

Dietrich Löpke, Leiter der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler, appellierte: „Krisenmanagement ist Chefsache – die Vorbereitung auch.“ Wolfgang Weber, Leiter der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt in Bonn-Bad Godesberg stellte die neue zivile Sicherheitsarchitektur Deutschlands – „Neue Strategie von Bund und Ländern zum Schutz der Bevölkerung“ – vor.

Eine Podiumsdiskussion zur Koordination von Zivil- und Katastrophenschutz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schloss diesen informativen Kongress ab. Die Kommunalen Spitzenverbände – einer davon ist der Deutsche Städte- und Gemeindebund – sollten in Zukunft noch engere Partner aller tätigen Ebenen und Stellen im Schutz- und Hilfeleistungssystem werden. Der Kongress hat eindeutig gezeigt, dass der richtige Weg beschritten wird. ■

Für lebenswerte Städte und Gemeinden

von Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Berlin

Sicherheit ist heute in besonderem Maße ein zentrales Thema der Bürger. Viele Ereignisse in der jüngsten Zeit zeigen uns, wie wichtig es ist, auch in den Kommunen über Strategien, Konzepte und Instrumente zu verfügen, die die Bürger und die Infrastruktur schützen. Das gilt für die Sicherheit auf Straßen, Wegen und Plätzen genauso wie in Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen.

Dr. Gerd Landsberg hielt diesen Vortrag im Rahmen einer DStGB-Konferenz am 4. März 2004 in Mainz-Finthen.

Das Zusammenleben der Menschen in den Städten und Gemeinden wird ganz wesentlich von Fragen der Sicherheit geprägt: Wie sicher fühle ich mich in meiner Stadt? Was tut die Verwaltung für die Sicherheit? Dies sind Fragen, die Bürger, Unternehmer und Besucher in den Städten und Gemeinden immer stärker bewegen.

Unsicherheiten schüren Ängste. Ängste lähmen die Menschen und verringern auch das Vertrauen in die Politik. Fragen der Sicherheit haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Gleiches gilt für die Unternehmen. Städte und Gemeinden tragen in besonderem Maße Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger, Städte und Gemeinden.

Kommunen, in denen sich die Menschen unsicher fühlen, verlieren an Attraktivität – ihre wirtschaftliche Entwicklung ist auf Dauer gefährdet.

Es ist aber nicht nur die Angst vor Terror, die uns lähmt, sondern auch die vielfach fehlende Sicherheit im Alltag, die sich oftmals an Kleinigkeiten festmachen lässt. Viele Dinge laufen hier zusammen. Kriminalität, Gewalt, Hass und Fremdenfeindlichkeit schüren ebenfalls Unsicherheiten. Menschen, die sich in Städten und

Gemeinden unsicher fühlen, ziehen sich häufig zurück in ihre eigenen vier Wände. Eine solche Abgrenzung ist für eine Stadt fatal. Kommunen leben von der Offenheit und der Bürgerkommunikation. Oder anders ausgedrückt: Sichere Städte führen zu mehr Lebensqualität der Menschen und zu mehr Wachstum.

Zunehmende Angst vor Terror

Die Bedrohungslage ist in jüngster Zeit vielfältiger geworden. Allem voran steht die Angst vor dem Terror. Weltweit agierende Terrornetzwerke arbeiten in ihrer Logistik so professionell wie globale Unternehmen. Sie nutzen moderne Informations- und Kommunikationstechniken wie das Internet zum Austausch von Botschaften. Sie bereiten sich oft jahrelang in so genannten Ruheräumen vor, um dann gezielt Anschläge zu verüben. Fanatismus, Hass und Intoleranz sind es, die diese Menschen prägen und sie damit auch unberechenbar machen. Überall kann der Terrorismus auftauchen.

Die Formen des Terrors erweitern sich ständig. Vor wenigen Tagen ging in Japan ein Prozess gegen Anhänger der AUM-Sekte zu Ende, die vor drei Jahren biologische Anschläge auf eine U-Bahn in Tokio ausgeübt haben. Mehrere Tote und über 3.000 Verletzte waren damals zu beklagen.

Die modernen Infrastrukturen wie U-Bahnen oder Verkehrsknotenpunk-



Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB

te sind besonders anfällig für Anschläge. Das gilt auch für die Informationstechnik sowie für die Wasser- oder Energieversorgung. Die Komplexität und Abhängigkeit der Systeme ist in den vergangenen Jahrzehnten rapide gewachsen. Wasserwerke versorgen oft Tausende von Menschen mit Frischwasser. Biochemische Angriffe auf solche Systeme könnten verheerende Folgen haben.

Bedrohung wächst mit zunehmender Vernetzung

Aber auch unterhalb der Schwelle des Terrors zeichnen sich neue Formen der Bedrohung hoch entwickelter Volkswirtschaften ab. So genannte Computerangriffe mit Viren legen ganze Unternehmen lahm. Experten beziffern die Schäden in Milliardenhöhe. Schutzmaßnahmen helfen wenig. Immer wieder gelingt es Fanatikern, neue Viren zu entwickeln und auf die Reise um den Globus zu schicken.

Das Thema Sicherheit tritt bei uns in Deutschland auch bei Naturkatastrophen in Erscheinung. Ich erinnere an die große Flut im Jahr 2002 im ►

Osten Deutschlands. Tausende von Menschen verloren ihr Hab und Gut und mussten praktisch von vorn anfangen. Behörden und Hilfsorganisationen arbeiteten Tag und Nacht, um die Schäden möglichst gering zu halten. Mit einer beispiellosen Solidarität haben Menschen, Unternehmen, Staat und Kommunen damals geholfen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte eine Fluthilfebörse im Internet aufgebaut, über die mehr als eine Millionen Euro an Spenden von Unternehmen und Gemeinden für die betroffenen Kommunen gespendet wurden.

Es stellt sich die Frage, ob wir in Deutschland auf derartige sicherheitsrelevante Ereignisse und Katastrophen vorbereitet sind?

Unmittelbar nach den Ereignissen in New York hat der Bund damit begonnen, durch spezielle Gesetze dem Terror den Kampf anzusagen. Bisher wurden zwei Terrorpakete verabschiedet. Trotz aller Bemühungen fehlt es aber in Deutschland an einer einheitlichen Sicherheitspolitik.

Der neue BKA-Chef Ziercke sagte bei seiner Amtseinführung: „Angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus geraten die bisher erfolgreichen Strukturen der deutschen Sicherheitsbehörden an ihre Grenzen. Veränderungen sind dringend notwendig“.

Menschen wollen geschützt werdenfaktor

Es fehlt ein einheitliches Führungssystem zwischen Bund und Ländern. Immer noch wird zu stark in Bundesländer-Kategorien gedacht. Gerade beim Thema Sicherheit können wir den Bürger aber nicht in Kommunal-, Landes- und Bundesbürger aufteilen. Der Bürger will vom Staat vor Gefahren geschützt werden, egal in wessen Zuständigkeitsbereich er lebt.

Die Innenministerkonferenz der Länder hat damit begonnen, dieses Problem zu lösen. Notwendig ist eine intensivere Kooperation zwischen Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz, Zoll, den Nachrichtendiensten und den Bundesländern.

Auch die Städte und Gemeinden müssen in ganzheitliche Konzepte mit eingebunden werden, denn dort finden die Ereignisse unmittelbar statt.

Zur Sicherheitsanalyse und zur Einschätzung von Gefahren brauchen wir künftig ein Gefahrenregister, das Gefahren und Anforderungen auf Grund von Natur- und Umweltkatastrophen, Technologieunfällen sowie auf Grund von Terrorismus, Sabotage und Attentaten erfasst. Massenveranstaltungen, symbolträchtige Anlagen oder besondere Verkehrsknotenpunkte müssen dort aufgeführt werden. Der Bund muss Expertengruppen besonders auf dem Gebiet biologischer und chemischer Angriffe aufbauen und verfügbar halten.

Vor allen Dingen brauchen wir eine bessere Kommunikation der Sicherheitsakteure untereinander.

Deutschland ist nach Albanien das einzige Land in Europa, in dem Polizei, Bundesgrenzschutz und Rettungskräfte wie die Freiwillige Feuerwehr unterschiedliche und veraltete Kommunikationssysteme einsetzen. Die Organisationen können im Falle einer Katastrophe nur unter erschwerten Bedingungen miteinander kommunizieren. Bisher scheitert die Einführung des digitalen Funkns an der Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern.

Das ist ein Skandal, den wir uns nicht länger leisten können. Während der Flutkatastrophe in Sachsen mussten Feuerwehrleute auf ihre privaten Handys zurückgreifen, weil ihr Funksystem nicht funktionierte bzw. mit anderen Einheiten nicht kompatibel war. Dadurch entstehen Zeitverluste, die nicht hingenommen werden können.

Verbessert werden muss auch das Warnsystem. In einigen Bereichen Deutschlands gibt es nur Sirenen, um die Bevölkerung zu warnen. Mobilfunk, Internet und Radiosendungen sind hier ergänzende Maßnahmen.

Das alles wird Geld kosten. In den vergangenen Jahren sind die Mittel für den Zivil- und Bevölkerungsschutz massiv gekürzt worden. Darunter haben viele Hilfsorganisationen wie das THW gelitten. Ihr Fahrzeugpark ist häufig älter als die Helfer selbst. Auch die Städte und Gemeinden brauchen finanzielle Mittel, um Sicherheitskonzepte umzusetzen. Personal muss geschult, Mess- und Diagnostikmöglichkeiten müssen verbessert werden.

In den USA wurde nach den Anschlügen in New York und Washing-

ton damit begonnen, die zersplitterte Struktur von über 150 Behörden und Einrichtungen unter einem neuen Dach, dem Ministerium für *Homeland Security* zusammen zu fassen. Das mit diesen Aufgaben beauftragte Ministerium koordiniert alle landesweiten Aktivitäten im Bereich der Sicherheit in den USA. Auf der Prioritätenskala steht das Thema Sicherheit in der Innenpolitik an erster Stelle.

Deutschland muss weitere Anstrengungen im Kampf gegen den Terror übernehmen. Verbessert werden muss auch die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa. Dazu zählen die Weiterentwicklung von Europol, die Asylpolitik und die Verwendung von biometrischen Standards in Visa und Reisepässen. Dem Terrorismus muss der Boden entzogen werden.

Sicherheit als Standortfaktor

Neben den globalen Bedrohungen geht es aber auch um die Sicherheit vor Ort. Immer mehr Städte und Gemeinden in Deutschland erkennen, dass Sicherheit für sie ein wichtiger Standortfaktor ist. Der Wohnwert einer Stadt sinkt, der Wegzug der Bevölkerung mindert auch die städtischen Einnahmen bei gleich bleibender Kostenbelastung, wenn die Sicherheit gefährdet ist.

Dort, wo Menschen Angst haben, in den frühen Abendstunden zum Einkaufen zu gehen oder die Stadt zu besuchen, weil fehlende Straßenbeleuchtungen an Unterführungen oder Haltestellen fehlen, hat dies auch unmittelbare Auswirkungen auf die örtliche Wirtschaft. Unternehmen siedeln sich im Zweifel mit ihren Läden woanders an. Bürger, die abends an einem Kurs der Volkshochschule teilnehmen möchten, sich aber unsicher fühlen, aus einem kleinen Nachbarort mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt zu fahren, werden im Zweifelsfall den Kurs nicht besuchen.

Sicherheit in den Städten und Gemeinden zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten. Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen über die Einrichtung von Kriminalpräventionsräten bis hin zu Kooperationen mit der örtlichen Wirtschaft und den

Schulen zählen Aktionsprogramme für eine sichere Stadt genauso dazu wie die Förderung des Dialogs der Kulturen.

Ganz entscheidend ist es, dass die Städte und Gemeinden in ihren Leitbildern und Umsetzungsplänen sich klar zu mehr Sicherheit bekennen, entsprechende Maßnahmen einleiten und die Bevölkerung darüber informieren.

Maßnahmen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Um die Rahmenbedingungen zu verbessern, fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund den verstärkten Einsatz von polizeilicher Videoüberwachung an Schwerpunkten der Kriminalität. Ob und in welchem Umfang dies geschieht, sollte vor Ort zwischen Kommune und Polizei entschieden werden. Die Städte und Gemeinden wollen eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunalbehörden im Sinne einer Partnerschaft für mehr Sicherheit. Wichtig ist dabei die Zustimmung der Bevölkerung. Eine solche Aktion muss durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet und für Jedermann erkennbar sein.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass Graffiti und Vandalismus besser bekämpft werden können. Veranstaltungen durch Graffiti im öffentlichen Raum verursachen hohe Schäden an Einrichtungen der Städte und Gemeinden. Zur Verfolgung insbesondere von Mehrfachtätern, zur Verdeutlichung des Unrechts und zur justiziellen Unterstützung der kommunalen Präventionsbemühungen halten wir Gesetzesänderungen für notwendig, durch die die strafrechtliche Verfolgung von Graffiti-Schmierereien erleichtert werden kann.

Bereits vor drei Jahren hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei ein 20-Punkte-Papier für mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden vorgelegt. Vorgeschlagen haben wir unter anderem die Einrichtung von Präventionsräten und die Vereinbarung von Sicherheitspartnerschaften mit der Polizei und der Wirtschaft. Hieran halten wir weiter fest. Unter der Überschrift „Wie können wir die Sicherheit in unserer Stadt oder Ge-

Zehn Punkte für eine sichere Kommune

- Im Rahmen der Terrorbekämpfung muss die Zusammenarbeit der Behörden und Einrichtungen verbessert werden. Notwendig ist ein neues umfassendes Sicherheitsmanagement, in das alle Beteiligten einschließlich der Städte und Gemeinden einbezogen werden.
 - Städte und Gemeinden müssen ihre vorhandenen Sicherheitskonzepte kritisch überprüfen und – wo notwendig – erneuern. Dazu zählen zum Beispiel die Identifizierung von kritischen Infrastrukturen und der verstärkte Schutz derartiger Einrichtungen.
 - In mittleren und größeren Kommunen ist ein Notfall- und Krisenmanagement aufzubauen.
 - Der Schutz der Bürger vor Kriminalität und Gewalt muss konsequent verbessert werden.
 - Die Anstrengungen zur Gewaltprävention und zur Ächtung von Gewalt sind in Bund, Ländern und Gemeinden gemeinschaftlich zu verstärken.
 - Für die Verfolgung und Bekämpfung von Graffiti-Unwesen und Vandalismus sind die strafrechtlichen Verfolgungsvoraussetzungen zu verbessern.
 - Für Bürger und Wirtschaft sind Anlaufstellen zu schaffen, wo sie sich informieren, aber auch Anregungen einbringen können.
 - Gemeinsam mit dem örtlichen Einzelhandel und der Wirtschaft sind Sicherheitspartnerschaften anzustreben und zu vereinbaren.
 - Einmal jährlich sollte die Stadtverwaltung zu einer Sicherheitskonferenz einladen, um mit allen Akteuren das Thema Sicherheit zu diskutieren und die Maßnahmepläne aktualisieren.
 - Städte und Gemeinden sollten ihren Erfahrungsaustausch untereinander verbessern. Viele Informationen und Services können auch global aufgelegt und in der jeweiligen Gemeinde verfügbar gemacht werden.
- Die Zukunft der Städte und Gemeinden hängt nicht zuletzt von Qualität der Sicherheit ab. Sorgen wir für eine Zukunft, die es uns, unseren Kindern und Enkeln möglich macht, in einer sicheren und gleichzeitig freien Welt zu leben.

meinde verbessern?“ haben viele Kommunen begonnen, so genannte Sicherheitskonzepte aufzustellen. Einbezogen werden die Polizei, die Wirtschaft, Schulen, soziale Einrichtungen und weitere Behörden. Maßnahmepläne, etwa zur Verbesserung der Beleuchtung an Unterführungen oder Haltestellen, werden öffentlich gemacht. Bürger geben Anregungen aus ihrer unmittelbaren Ortskenntnis.

Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die Länder auf Grund verbesserter Sicherheitslagen die Polizei aus der Fläche abziehen und Wachen und Polizeistationen schließen. Die Präsenz der Polizei ist ein wesentlicher Baustein der Sicherheitsbemühungen der Kommunen. Ich warne davor, die sichtbare Präsenz der Polizei durch uniformierte Kräfte in den Kommunen zu verringern. An wichtigen Brennpunkten muss die Polizei gesehen

werden und mit Fuß- und Fahrradstreifen den Kontakt zu den Bürgern herstellen. Polizisten in der Stadt üben durch ihre Anwesenheit eine wichtige Funktion für mehr Sicherheit aus. Insbesondere ist es nicht vertretbar, dass Polizeiwachen im ländlichen Raum vermehrt geschlossen werden und bis zum Eintreffen der Polizei am Ort einer Straftat zum Teil mehr als 30 Minuten vergehen können.

Vollkommene Sicherheit gibt es nicht

Eine vollkommene Sicherheit gibt es nicht. Wichtig ist es, die Risiken zu erkennen, sie möglichst klein zu halten, sich aber auch auf Angriffe einzustellen. Auch sollten sich Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und wissenschaftliche Einrichtungen besser koordinieren. ■

Neue Wege der Genozidprävention Zehn Jahre nach

von Klaus Liebetanz, Verden

Vom 5. bis 7. März 2004 fand in der Evangelischen Akademie Loccum eine internationale Tagung zum Thema „Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda“ statt. Zu den Teilnehmern zählten betroffene Tutsis und Hutu sowie international bekannte Experten, unter ihnen General Eisele, der ehemalige Assistent von Kofi Annan, welcher seinerzeit für die Peacekeeping-Einsätze der Vereinten Nationen (VN) verantwortlich war. In der abschließenden Gesprächsrunde ging es um die Frage: „Wie sehen heute die Voraussetzungen und Möglichkeiten für Prävention und Verhinderung von Völkermord aus?“

Dr. Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für internationale Friedenseinsätze in Berlin, der selbst in der Auswertungsabteilung der VN-Einsätze (Lessons Learned Unit) teilgenommen hat, führte aus, dass durch die Ergebnisse des Brahimi-Reports eine wesentliche Verbesserung der Handhabung von Instrumenten der *Agenda for Peace* erreicht wurde. Dies bezieht sich im Wesentlichen auf ein realistisches und robustes Mandat von Blauhelmeinsätzen. Die Hilflosigkeit von Bauhelmsoldaten, wie sie in Ruanda und Srebrenica zu beobachten war, darf sich nicht wiederholen. Weiterhin stellte er fest, dass die Bereitstellung von qualifizierten Truppen für VN-Einsätze durch Einzelstaaten gewachsen ist. Noch in diesem Jahr wird es eine ausreichend starke VN-Truppe im Sudan und in Sierra Leone geben, die den Friedensprozess absichern wird. Beide Länder waren und sind genozidgefährdet.

General Eisele dämpfte allerdings allzu große Erwartungen an die VN und den Sicherheitsrat mit dem Hinweis, dass „die Vereinten Nationen keine Gemeinschaft der ‚gutwilligen

Menschen‘ seien, sondern eine Zweckgemeinschaft von Staaten zur Durchsetzung ihrer jeweiligen nationalen Interessen.“

Annans neue Initiative zur Genozidprävention

Dr. Thomas Zahneisen vom Grundsatzreferat „Globale Fragen des Auswärtigen Amtes“ berichtete über neue Ideen, die der VN-Generalsekretär Kofi Annan auf dem Internationalen Forum Genozidprävention in Stockholm im Januar 2004 entwickelt hat. Annan wolle einen Sonderberichterstatteur zur Genozidprävention (Special Rapporteur), der dem Sicherheitsrat direkt berichten solle. Darüber hinaus solle eine Klärungsstelle (Clearing House) eingerichtet werden, wo auch die zahlreichen bei der VN akkreditierten NGOs (ca. 2.500) Zugang haben sollen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Ein zweiter, nicht weniger erfolgreicher Weg zur Genozidprävention ist die zivile Konfliktbearbeitung. Diese geht von der wissenschaftlich gesicherten Erkenntnis aus, „dass ein Völkermord nicht vom Himmel fällt“ (Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von *amnesty international Deutschland*). Völkermorde müssen unter anderem propagandistisch vorbereitet werden. Dazu hat der ehemalige Staatsminister für Kultur im Bundeskanzleramt, Michael Naumann, bei der ersten Stockholm-Konferenz im Jahr 2000 folgende Indikatoren zur Genozidfrüherkennung angegeben:

- Werden Opfergruppen adressenmäßig erfasst und/oder gekennzeichnet?
- Wird Hasspropaganda (beispielsweise in den Medien) betrieben, in der die vorgesehenen Opfer als tödliche Gefahr für die Tätergruppe hingestellt werden, etwa als Ungeziefer, das vernichtet werden müsse?

- Werden hohe Offiziere der Tätergruppe, die beim Töten nicht mitmachen wollen, ausgewechselt?

- Tauchen Tarnbegriffe (Euphemismen) für die geplanten Tötungen, wie ethnografische Säuberung, auf?

- Werden spezielle Mordeinheiten (Paramilitärs, Jugendverbände) aufgestellt und ausgebildet?

- Tauchen Flüchtlinge ohne typische Fluchtanlässe wie Hungersnöte und/oder Naturkatastrophen auf?

Genozidfrüherkennung im Auswärtigen Amt

Auf Initiative von Christa Nickels (Bündnis 90/Grüne), Vorsitzende des Bundestagsausschusses „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“, erhebt das Auswärtige Amt seit 2003 auch Informationen über Entwicklungen, die längerfristig Genozid-Risiken bilden können. Dabei handelt es sich um Hinweise auf sich abzeichnende schwere systematische Menschenrechtsverletzungen gegen nationale, rassische oder religiöse Gruppen. Das Auswärtige Amt wird über die Ergebnisse im Bundestagsausschuss „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ berichten. Christa Nickels erläuterte diesen Ansatz mit Bezug auf medizinische Notfälle: Auch auf der Intensivstation im Krankenhaus gebe es bestimmte Indikatoren, die beim Eintreffen gezielte ärztliche Maßnahmen erforderlich machten. Die engagierte Katholikin Christa Nickels ist ein Glücksfall für den Deutschen Bundestag, weil sie sich trotz der enormen Belastung als Ausschussvorsitzende eine natürliche Menschlichkeit bewahrt hat.

Genozidprävention im Deutschen Bundestag

Am 3. März dieses Jahres wurde die Bundesregierung (Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

Genozidprävention dem Völkermord in Ruanda

wicklung) zum ersten Mal im Bundestagsausschuss „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ über die Früherkennung von Genoziden unterrichtet. Aus aktuellem Anlass referierte Dr. Peter Wittig, stellvertretender Leiter der Abteilung „Globale Fragen und Vereinte Nationen“ des Auswärtigen Amtes, über die oben angesprochenen Ergebnisse und Folgen der Stockholm-Konferenz zur Genozidprävention vom Januar 2004.

Aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) berichtete Regierungsdirektorin Christine Toetzke, Leiterin des Referats „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ (210), von einem Indikatorenkatalog zur Erfassung von Konfliktpotenzialen in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser wird durch das „Deutsche Institut für Überseeforschung“ in Hamburg für 86 Länder erstellt. Die Forschungsergebnisse dienen in erster Linie dem internen Gebrauch im BMZ zur Anpassung und Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit mit bestimmten Ländern. Mit diesem Indikatorenkatalog werden auch eine Reihe von Risikofaktoren erfasst, die zu einem Völkermord führen können. Der Ansatz dieses Katalogs ist jedoch sehr viel breiter konzipiert.

Finanzierung von Antigenozidmaßnahmen

Seit 1999 wurden vom Auswärtigen Amt, Abteilung Globale Fragen, Referat GF 02, mehr als 220 Projekte aus dem Förderprogramm zur Unterstützung internationaler Maßnahmen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung mit mehr als 20 Millionen Euro gefördert. Das Auswärtige Amt stützt sich dabei auf die Fachkompetenz seines Instituts für Auslandsbeziehungen mit dem Projekt Zivile Konfliktbearbeitung (zivik). Die unterstützten Nicht-



Gedenken an den Völkermord in Ruanda: Eine Blume liegt im August vergangenen Jahres auf den mumifizierten Überresten eines getöteten Menschen in der Murambi Technical School in Murambi (Ruanda). Die Schule ist heute ein Mahnmal für den Völkermord in Ruanda. Bei der Gewaltorgie vor zehn Jahren wurden innerhalb von 100 Tagen etwa 800.000 Menschen getötet.

Foto: dpa

Wie kann ein Genozid verhindert werden?

Was Parlamentarier und NGOs tun können:

Da die Initiatoren eines möglichen Völkermordes erfahrungsgemäß großen Wert darauf legen, dass ihre Pläne im Geheimen und abseits der (Welt-) Öffentlichkeit bleiben, ist es dringend erforderlich, Öffentlichkeit herzustellen. Dies kann beispielsweise auf folgende Weise geschehen:

- Delegationsreisen von Ausschüssen oder Parlamentariergruppen des Bundestages in die genozidgefährdete Region, um sich vor Ort zu informieren;
- Informationsveranstaltungen in Deutschland und/oder in der betroffenen Region mit lokalen und ausländischen Menschenrechtsorganisationen, mit Kirchen und anderen religiösen und kommunalen Führern zur Genozidgefährdung;
- Weitergabe von Informationen an Medien und Organisationen.

Mögliche Maßnahmen des Auswärtigen Amtes und/oder des BMZ:

- Erstellen einer detaillierten Länderanalyse;
- Bilden einer Menschenrechts-Monitoring-Gruppe mit befreundeten und gleichgesinnten Geberländern (beispielsweise wie in Guatemala);
- Konditionierung von finanzieller Unterstützung;
- Abstimmung in der EU-Menschenrechtsgruppe.

regierungsorganisationen haben in über 80 Ländern der Welt spezifisch angepasste Ansätze zur Krisenbewältigung entwickelt. Dazu gehörten unter anderem Begegnungsseminare für Konfliktparteien über begleitende Prozesse zur Ermöglichung einer friedlichen Koexistenz in Krisenregionen bis hin zur Erstellung von Handlungsoptionen für Regierungen in Krisenländern. Eine strikte Trennung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsprojekten ist jedoch realitätsfremd, da schwere Menschenrechtsverletzungen häufig Ursache für Konflikte sind.

Titel für Menschenrechte

Ferner hat der Arbeitsstab Menschenrechte des Auswärtigen Amtes einen Titel für allgemeine Menschenrechtsfragen. Dieser Titel unterstützt finanziell die VN-Menschenrechtskommission in Genf und hat bislang keine konkreten Antigenozidprojekte von NGOs finanziert.

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Der vom BMZ finanzierte Zivile Friedensdienst ist ein Instrument der zivilen Krisenprävention. Es wurden bislang bereits 167 Friedensfachkräfte für mehrjährige Einsätze ausgebildet und entsandt sowie für entsprechende Begleitmaßnahmen ca. 58 Millionen Euro bereitgestellt. Die Aufgabe des zivilen Friedensdienstes liegt auf folgenden Bereichen:

- Stärkung von Friedenspotenzialen mit lokalen Partnern unter anderem durch vertrauensbildende Maßnahmen;
- Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien oder Religionsgemeinschaften;
- Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau.

Die Art der Ausbildung der Friedensfachkräfte in Mediation und Vermittlung ist in besonderer Weise geeignet, zur Minderung der Genozidgefährdung beizutragen.



Defibrillatoren

Kampf dem Herztod

Jährlich sterben über 130.000 Menschen am plötzlichen Herztod, bevor sie eine Klinik erreichen. Durchschnittlich 80 Prozent aller Fälle weisen ein Kammerflimmern auf, das durch schnelle Behandlung mit einem Defibrillator (Defi) wirksam behandelt werden kann. Ein wesentlicher Schritt bei der Aktion „Kampf dem Herztod“ gelang dem DRK-Kreisverband Schwäbisch Gmünd im baden-württembergischen Ostalbkreis, der für die hochempfindlichen Defis ein Außendepot – eine Art Container zur Aufbewahrung – entwickelte.

In den USA sind Defis ähnlich wie in Deutschland Feuerlöscher flächendeckend installiert. Auch in Deutschland wächst die Bereitschaft von Unternehmen, Vereinen und Kommunen, einen oder mehrere Defis anzuschaffen. Was aber, wenn der Bankvorraum, das Kaufhaus, das Museum, die Sporthalle, wo die lebensrettenden Geräte installiert sind, abends nicht mehr zugänglich sind?

Das DRK Schwäbisch Gmünd entwickelte deshalb zusammen mit dem Stuttgarter Unternehmen Engellund-LöwEntwicklungen ein Defi-Außendepot, das mit Hilfe eines personalisierten Chips geöffnet werden kann. Der Chip speichert außerdem alle relevanten Daten und kann eine Meldung an die nächste Rettungsleitstelle absetzen. Gleichzeitig können Unbekannte das Gerät weder entwerden noch das Depot ohne weiteres zerstören.

Mittlerweile sind im Ostalbkreis 108 Defis installiert.

Mehr Infos: Tel.: (0 71 71) 35 06 29
www.drk-schwaebisch-gmuend.de

HIV

WHO, UNAIDS und Robert Koch-Institut tagten in Berlin

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das AIDS-Programm der Vereinten Nationen (UNAIDS) haben die Defizite in der medikamentösen Behandlung von Menschen mit HIV und AIDS thematisiert. Mit der Initiative „3 by 5“ soll es gelingen, drei Millionen HIV-Infizierte in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2005 den Zugang zu einer effektiven antiviralen Therapie zu ermöglichen.

Der Zugang zur Therapie ist nicht nur in Afrika ein Problem. Auch in Osteuropa erhält bislang nur ein Bruchteil der HIV/AIDS-Patienten die lebenserhaltenden Medikamente. Als regionales Ziel soll daher nach den Vorstellungen der WHO die Zahl der mit antiviralen Medikamenten behandelten Patienten in 22 Ländern Osteuropas und Mittelasiens bis 2005 auf 100.000 steigen. (idw)

www.rki.de/INFEKT/AIDS_STD/AZ.HTM

Brandmeldeanlagen

DIN 14675 ist jetzt Pflicht

Unternehmen, die Dienstleistungen rund um Brandmeldeanlagen erbringen, müssen nachweisen, dass sie die Forderungen der DIN 14675 erfüllen. Darauf weist die TÜV SÜD in München hin. Die Norm fordert unter anderem die Dokumentation von Fachkenntnissen sowie den Nachweis eines Qualitätsmanagement-Systems.

Die Norm erfasst alle Brandmeldeanlagen, über die die öffentliche Feuerwehr alarmiert wird – zum Beispiel für Bürogebäude, Hotels, Produktionsbetriebe, Krankenhäuser, Theater, Veranstaltungshallen oder Tiefgaragen. Wer sich um Aufträge von staatlicher oder kommunaler Seite bewirbt, kommt an der DIN 14675 nicht vorbei. Auch immer mehr private Bauherren und Facility Manager werden den Nachweis einer entsprechenden Zertifizierung fordern.

Die TÜV Akademie bietet Seminare an, in denen die Qualifikation zur „Hauptverantwortlichen Fachkraft für Brandmeldeanlagen“ erlangt werden kann. Die aktuellen Termine stehen im Internet unter:

www.Bildung4me.de

SARS

RKI als Teil des internationalen Netzwerks

Das Robert Koch-Institut (RKI) koordiniert seit Februar dieses Jahres für die Weltgesundheitsorganisation die qualitätssichernden Maßnahmen für die SARS-Diagnostik. Nach dem Ende der SARS-Epidemie im Juli 2003 waren in den vergangenen Monaten in Asien erneut einige SARS-Fälle aufgetreten.

Inzwischen hat das Robert Koch-Institut in mehreren Studien unter-

sucht, wie es bei SARS zur Ansteckung kommt, unter anderem bei medizinischem Personal, das in Deutschland mit SARS-Patienten Kontakt hatte, und bei den Kontaktpersonen eines „Vielfliegers“. Die Ergebnisse sind (zusammen mit einem Übersichtsartikel zu den RKI-Aktivitäten bei SARS) im Epidemiologischen Bulletin Nr. 8 und Nr. 9/2004 publiziert. Weitere Maßnahmen zur SARS-Surveillance in Deutschland sind auf den SARS-Internetseiten des Robert Koch-Instituts veröffentlicht.

Das weltweite WHO-Labor-Netzwerk besteht aus etwa zwanzig Laboratorien, neben dem Robert Koch-Institut sind noch vier europäische Einrichtungen beteiligt, darunter das Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg. Die Netzwerk-Mitglieder entwickeln die SARS-Diagnostik weiter und führen bei Verdachtsfällen Bestätigungsanalysen durch. Außerdem werden Länder ohne ausreichende labordiagnostische Kapazität unterstützt. (idw)

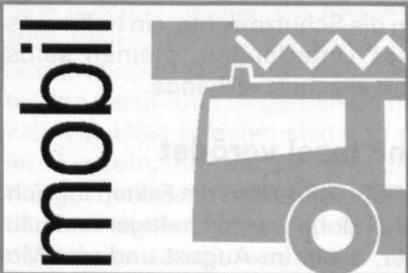
www.rki.de

Messe

FIREmobil lockt Feuerwehren zum Praxistraining

Das Messekonzept der RETTmobil in Fulda wird ab diesem Jahr für Feuerwehrangehörige noch attraktiver. Mit der eigenen Sonderschau FIREmobil zeigt die jährliche Rettungsdienstmesse in Hessen (**13. bis 15. Mai 2004, Fulda**) nicht nur neueste Technik für den Brand- und Katastrophenschutz, sondern bietet den Messebesuchern auch ein Bündel von Trainingsangeboten: Flash-over-Simulation, Fahren im Gelände, neue Eindringtechniken in ICE-Züge und Dekontamination von Verletzten sind einige der Angebote.

Der Deutsche Feuerwehrverband ist Kooperationspartner der Sonderschau. Außerdem beteiligt er sich am Kongressprogramm der RETTmobil 2004: In den Themenblöcken „Unfall mit Massenverkehrsmitteln“, „Rettungsdienst als Berufschance“ und „Medienarbeit im Einsatz“ wer-



FIRE mobil

Mobilität erleben:
 Fahrsicherheitsübungen,
 Geländetrainings und
 Produktvorführungen.

den Fachleute der Feuerwehren Grundlagenwissen und Praxistipps vermitteln.

www.rettmobil.org

Klimakatastrophe

Tuvalu wird untergehen

Tonga, Fidji, Kiribati, Nauru, Samoa, Vanuatu, Tuvalu – in europäischen Ohren klingt das nach Urlaub. Blütenkränze, dem Gast umgehängt – weiße Sandstrände, Korallen, Atolle, türkis-blaues Wasser, Palmen – Attribute von Polynesien, idyllisch im Südpazifik gelegen. Tsunamis, bis zu 30 Meter hohe Wellen, Taifune und Zyklone, die mit 250 Stundenkilometern über die Wasseroberfläche hinwegfegen, ein kontinuierlich ansteigender Meeresspiegel – so sieht die Schattenseite des Südseetraums aus.

Ein Staat hat Aufmerksamkeit erregt: Tuvalu. Auf dem Klimagipfel von Johannesburg 2002 klagte der Premierminister Saufatu Sopoanga im Namen seiner 10.800 Bürger die USA und Australien an, verantwortlich für den Untergang seiner Inselrepublik zu sein. Die Weigerung, das Klimaprotokoll von Kyoto zu unterzeichnen, die daraus resultierende globale Klimaveränderung und die ursächlich verantwortliche CO_2 -Zunahme sei „Völkermord“, eine Klage werde erwogen. Ein Aufbäumen gegen die Schutzmächte, ein hoffnungsloses Unterfangen, meinen selbst Umweltschutzverbände.

Eine Insel verodet

Dabei sprechen die Fakten für sich: Die Zyklone werden heftiger und häufiger, allein im August und vier Monate später im Dezember 2002 gingen weitere zehn Prozent der Strände und Uferbefestigungen an das Meer verloren. Von 1970 bis 2000 stieg der Meeresspiegel um 20 Zentimeter, und das Meer erwärmte sich um ein Grad. Die Wassertemperatur ist auf 32 Grad angestiegen, zu warm für die Korallen, die infolgedessen absterben. Daraus resultiert wiederum, dass salziges Meerwasser durch die Korallenriffe dringt und die Anbauflächen versalzt. Die Süßwasserblasen – Voraussetzung des Überlebens – und die Frischwasserbrun-

nen versalzen und versiegen. Häuser, Wege, Felder stehen unter Wasser, Felder und Plantagen sterben ab. Die Ernteaufträge betragen über 50 Prozent. Auf dem Atoll Apuca wächst bereits nichts mehr, die Riffe versanden, die Hurrican-Saison von Oktober bis März hat zunehmend drastische Auswirkungen. Und für die neun Atolle im zweitkleinsten Staat der Welt sehen die kommenden Jahre dramatisch aus. Bis 2050, so Klimaforscher und der Intercontinental Panel on Climate Change, wird die Temperatur um zwei Grad wärmer und der Meeresspiegel um 50 Zentimeter ansteigen. Dann ist landunter in Tuvalu. Selbst die Hauptinsel Fufafuti, die immerhin bis zu vier Meter aus dem Wasser herausragt, verliert zunehmend besiedelbare Küstenstreifen.

Nun hat Tuvalu erneut für politisches Aufsehen gesorgt. Die Regierung des Inselstaates beantragte Asyl für seine Bewohner in Neuseeland und Australien. Unisono erklärten

beide Nachbarn: „Wir sehen uns derzeit leider nicht dazu im Stande, der Bitte der Regierung von Tuvalu um die unbürokratische Aufnahme und Integration von Tausenden seiner Einwohner zu entsprechen.“

Gotterbarmen für Tuvalu?

Der Hilferuf der Menschen des einstigen Inselparadieses verhallt ungehört. Dies alles vermittelte das Bayerische Fernsehen am 4. Januar 2004 in einem Film von Marianne Aschenbrenner und Bernd Niebrügge. Feinfühlig, aufmerksam, authentisch; die Autoren waren auf Tuvalu, sprachen mit Polynesiern über 1.000 Jahre Vergangenheit und 50 Jahre Zukunft. Die Klimakatastrophe holt als erstes Opfer eine ganze Nation. Wie lautet doch der Wahlspruch der Inselbevölkerung nach der Christianisierung im 19. Jahrhundert: „Tuvalo Mo Te Atua – Tuvalu für Gott!“

Dr. Horst Schöttler



Foto: dpa



Foto: rescue

Hochwasserschutz in Minutenschnelle dank aufquellender Sandsäcke – diese wurden auf der rescue im vergangenen Jahr vorgestellt. Auf Schnelligkeit kommt es in diesem Jahr ganz besonders an: bei der „rescue-Arena“.

rescue

Retten um die Wette

„Spannung pur“ ist auf der rescue, Fachmesse für interdisziplinäre Zusammenarbeit im Rettungswesen, vom 2. bis 4. April 2004 in Stuttgart angesagt. Im Rahmen einer „rescue-Arena“ treten Angehörige medizinischer und technischer Rettungsorganisationen miteinander an, um im Wettstreit die schnellsten und erfolgreichsten Retter zu ermitteln. „Wer befreit Verletzte am sichersten und effektivsten aus dem Autowrack?“, „Wer spart bei der Reanimation lebensrettende Sekunden?“ –, so oder ähnlich lauten die Aufgaben, denen sich die Teilnehmer der „rescue-Arena“ stellen müssen. Vor allem aber soll die ansonsten fachliche Veranstaltung den Wettkämpfern und Besuchern Spaß und Freude bringen – der „Fun-Faktor“ ist deshalb hoch angesetzt.

Für die „rescue-Arena“ wird im Eingangsbereich der Messehalle ein rund zwölf Meter langer Parcours aufgebaut. Anmelden können sich Angehörige aller Hilfs- und Rettungsorganisationen sowie interessierte Besucher direkt vor Ort. Die Teilnahme an der „rescue-Arena“ ist kostenlos.

Wie Rettungskräfte der Feuerwehren und der Hilfs- und Rettungsdienste ganz real arbeiten, zeigt die Fachausstellung der rescue 2004 in Stuttgart. Hier werden die neuesten Geräte und Materialien präsentiert, moderne Einsatzfahrzeuge gezeigt und darüber hinaus im Rahmen des Fachkongresses die aktuellen Erfahrungen und Erkenntnisse von kompetenten Referenten vermittelt. (red)

EUROSOLAR

Tag der offenen Tür

Am 5. Juni 2004 findet bei der Europäischen Vereinigung für erneuerbare Energien in Bonn ein Tag der offenen Tür statt, außerdem eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „World Renewable Energy Forum: Global Benefits and Policies“ – quasi als Vorbereitung auf die Internationale Regierungskonferenz für Erneuerbare Energien. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte diese auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 für dieses Jahr in Bonn angekündigt. (Quelle: DKKV)

Infos: www.eurosolar.org
www.wcre.org

Lesenswert

Herfried Münkler: Der neue Golfkrieg

Auf einen Frieden, der keiner war, folgte ein Krieg, über dessen Sieger nie ein Zweifel bestand. Freilich: Dem irakischen Diktator die Massenvernichtungswaffen aus der Hand zu nehmen und Verbindungen des Terrors durchzuschneiden – das sind nicht die wirklichen Gründe der USA für diesen Krieg gewesen, wie Herfried Münkler in diesem Buch nachweist. Die Amerikaner hoffen nun, den Nahen Osten, seit Jahrzehnten die Weltkrisenregion schlechthin, gewaltsam zu befrieden – wie Europa im Zweiten Weltkrieg. Mit ungewissem Ausgang.

Auf jeden Fall zwingt der neue Golfkrieg die Europäer, von einer Illusion Abschied zu nehmen, die sie

Europäische Kommission

Zentrum für Seuchenbekämpfung geplant

Auf Vorschlag der EU-Kommission hat das Parlament der Europäischen Union in erster Lesung die Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Vorbeugung und Bekämpfung von Seuchen als Reaktion auf sich immer stärker verbreitende Krankheiten wie Aids, SARS und Meningitis wie auch auf die Gefahr von Terroranschlägen mit biologischen Stoffen wie Anthrax beraten. Das Zentrum soll seinen Sitz in Schweden haben und in enger Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation die Bemühungen der EU-Staaten zur Eindämmung von Epidemien und die entsprechenden Forschungsanstrengungen bündeln.

Das Amt wird mit 35 Mitarbeitern starten; innerhalb von zwei Jahren soll sich die Mitarbeiterzahl verdoppeln. Dafür werden in den ersten drei Jahren 48 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Quelle: DKKV)

nach 1989 lieb gewonnen haben: dass nun das Zeitalter der friedensstiftenden UNO anbreche und die einzige Supermacht sich darin einbinden lasse. Das Gegenteil ist der Fall: Die USA befreien sich von allen Fesseln, die sie stören. Und Krieg ist wieder ein Mittel der Politik. Nach diesem Krieg wird die Welt nicht mehr so sein wie zuvor. Wer wissen will, was die dramatischen Ereignisse am Golf für Deutschland, Europa, die USA und die UNO bedeuten, wird auf Herfried Münklers gründliche und kenntnisreiche Analyse der Ursachen, Motive und Folgen des Krieges nicht verzichten können. (red)

Rowohlt, 2003,
160 Seiten,
12,90 Euro





Rudolf Seiters an der Spitze des DRK

Rudolf Seiters, der bedächtige Niedersachse aus Papenburg im Emsland, wurde im November 2003 zum Nachfolger des Völkerrechtlers Knut Ipsen für drei Jahre ins Amt des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes gewählt. 122 Ja- und zwei Gegenstimmen – so das Ergebnis.

Ein Politiker an der Spitze der größten deutschen und weltweit drittgrößten Hilfsorganisation? Ein Lobbyist als Chef einer Hilfsorganisation, die zugleich Wohlfahrtsverband ist? Seiters hat mit diesem Doppelstatus eine Sonderfunktion mit großem Einfluss auf den Sozial- und Wohlfahrtsstaat Deutschland inne und symbolisiert die Verflechtung von Politik und DRK, die bis auf die Kreisverbandsebene reicht und sich in der Personalunion von Landrat und Kreisvorsitzendem des Roten Kreuzes widerspiegelt. Vielleicht liegt darin die Erklärung für die zwei Gegenstimmen.

Man tut Rudolf Seiters jedoch Unrecht, wenn man ihn so betrachtet. Er ist ein Ehrenmann, dem Effekthascherei fremd ist. Welcher andere Bundesminister hätte ohne jede Diskussion und ohne Rechtfertigung seinen Stuhl geräumt und die Verantwortung übernommen, als der BGS-Kommissar Newrzella und der Terrorist Grams im Bahnhof von Bad Kleinen bei einem misslungenen Einsatz im Juli 1993 ums Leben kamen?

Aber diese Geradlinigkeit hat noch andere Gründe. Seiters ist überzeugter Christ, praktizierender Katholik. Im Oktober 1937 in Osnabrück geboren,

legte er das Abitur in seiner Heimatstadt ab und studierte Rechts- und Staatswissenschaften im nahegelegenen westfälischen Münster. Nach beiden juristischen Staatsexamen trat er 1968 in die Bezirksregierung von Osnabrück ein. Bereits ein Jahr später eroberte er das Direktmandat für die CDU. Insgesamt 33 Jahre war er im Deutschen Bundestag, wurde Parlamentarischer Geschäftsführer, Kanzleramtsminister, Bundesinnenminister und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Das Ende seiner Karriere erreichte er 1998 mit der Berufung in das Amt des Parlamentsvizepräsidenten. Mit 65 war Schluss mit der Politik, im Einklang mit seiner Familie. Ehefrau Brigitte heiratete er 1974, mit ihr hat er drei Töchter.

Als Innenminister hatte er Kontakt mit und Verantwortung für den Be-

völkerungs- und Zivilschutz und somit für das Technische Hilfswerk. Ich erinnere mich noch an den ersten gesamtdeutschen Bundeswettkampf des THW im März 1993 in Hohen Schönhausen, im Ostteil Berlins gelegen.

Das war weniger ein Pflichtbesuch als vielmehr eine Hommage an Freiwilligkeit und Ehrenamt. Seiters, in Begleitung seiner Frau, sprach mit den Helfern und interessierte sich für Menschen und Ereignisse. Insofern ist sein Bekenntnis zum Ehrenamt nicht aufgesetzt, vielmehr ein Ja zum freizeithlichen Engagement. Das DRK mit über 4,6 Millionen Fördermitgliedern und 330.000 ehrenamtlichen Helfern bedarf der Wahrnehmung von oben.

Seiters wird den Gedanken des Ehrenamtes stärken.

Dr. Horst Schöttler

Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes feiert 75. Geburtstag

Er meisterte die Wiedervereinigung bei den Feuerwehren, und er setzte mit dem Deutschen Feuerwehr-Museum bundesweit Maßstäbe für lebendige Brandschutzgeschichte: Ehrenlandesbrandmeister Hinrich Struve aus Reußenköge (Nordfriesland/Schleswig-Holstein), langjähriger Präsident und Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, feierte am 27. Februar seinen 75. Geburtstag.

„Wir gratulieren einem der großen Männer des deutschen Feuerwehrwesens sehr herzlich zu seinem Ehrentag und hoffen, dass uns Hinrich Struve noch viele Jahre seines Engagements schenkt“, sagen DFV-Präsident Hans-Peter Kröger und Schleswig-Holsteins Landesbrandmeister Uwe Eisenschmidt. Struve war fast 13 Jahre lang Feuerwehrpräsident sowie sechs Jahre lang Landesbrandmeister und Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein.

Bis heute ist Struve Vorsitzender der Stiftung Deutsches Feuerwehr-Museum in Fulda. Nach seinem Amtsantritt als DFV-Präsident im Jahre 1981 hatte er das Museum mit Unterstützung von Industrie und

Ländern ausgebaut, außerdem den Regelbetrieb durch Einstellung eines Museumsleiters und weiteren Personals ermöglicht.

Als zweites großes Verdienst von bundesweiter Bedeutung gilt Struves Einsatz nach der deutschen Wiedervereinigung: Er begleitete den Wiederaufbau des kommunalen Feuerwehrwesens und machte sich auch für die Wiedergründung der Landesfeuerwehrverbände als Fachverbände und Interessenvertreter stark. (red)

